Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 0,90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 3114. Verlag: Halberstädter Tageblatt. Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthaeus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung (Steigerwald), Wernigerode, Burgstraße 9

Nr. 218. Sonnabend, 17. September 1927. 2. Jahrgang.

Erhöhte Gehälter = höhere Preise?

Seit der Reichsfinanzminister in Magdeburg die bevorstehende große Erhöhung der Beamtengehälter ankündigte, spricht man in breiten Schichten des Volkes von Preissteigerungen. Der Reichsfinanzminister hat selbst das Stichwort dazu gegeben, als er in Magdeburg feierlich erklärte, die Reichsregierung werde Preissteigerungen nach der Besoldungsreform nicht dulden. Er hätte besser getan, nicht von einer Preiserhöhung zu sprechen. Denn es muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß von einer ökonomischen Notwendigkeit zur Auswirkung der Erhöhung von Beamtengehältern auf das allgemeine Preisniveau gar keine Rede sein kann.

Die Preise steigen in unserer Wirtschaft zwangsläufig, wenn ohne eine entsprechende Erhöhung der Produktion die Gesamtmenge, der den produzierten Waren gegenüberstehenden Kaufkraft eine Erweiterung erfährt. Diese preistreibende Erweiterung der Kaufkraft kann vor sich gehen durch eine über die Produktionsausdehnung hinausgehende Gewährung von Krediten an die Wirtschaft. Das ist ein Vorgang, der bei steigender Konjunktur meistens eintritt. Die schlimmste und gefährlichste Form einer solchen Vermehrung der Kaufkraft durch Krediterweiterung liegt dann vor, wenn ohne Zusammenhang mit der Wirtschaft für den Staat Noten gedruckt und diese Noten den Beamten als Geld in die Hände gegeben werden. Dann haben wir Inflation mit all ihren grauenhaften Folgen, die uns noch in frischer Erinnerung sind.

Wenn aber der Staat die Beamtengehälter erhöht, und das dafür erforderliche Geld nicht durch Notendruck, d. h. durch Fälschung sich beschafft, sondern aus Steuereingängen, was gegenwärtig allein in Frage kommen kann, so findet in der Gesamtwirtschaft keinerlei Schöpfung neuer Kaufkraft statt, sondern es erfolgt lediglich eine Uebertragung der Kaufkraft von den steuerzahlenden Schichten auf die Empfänger der Gehaltserhöhungen. Diese Verlagerung von Kaufkraft kann dadurch, daß nun vielleicht für gewisse Güter des Massenbedarfs eine stärkere Nachfrage sich geltend macht, den Verkäufern dieser Güter Gelegenheit und bis zu einem gewissen Grade die Möglichkeit geben, sich durch Preisheraufsetzungen Sondergewinne zu verschaffen. Es können somit im Zusammenhang mit dieser Umschichtung von Kaufkraft gewisse Veränderungen im Verhältnis der Preise zueinander eintreten, aber es muß durchaus nicht eine allgemeine Steigerung des Preisniveaus erfolgen, die ihrerseits den Gehaltserhöhungen ihren realen Wert rauben würde.

Um nun diesen Prozeß der Umschichtung von Kaufkraft auf dem Wege von der Steuererhebung zur Gehaltszahlung mit möglichst wenigen Reibungsverlusten durch die Ermöglichung von Sonderprofiten einzelner Produzentengruppen sich vollziehen zu lassen, kommt es vor allen Dingen wesentlich darauf an, in welcher Form die erforderlichen Steuern erhoben werden. Der Reichsfinanzminister hat erklärt, daß für das Reich eine Erhebung neuer Steuern im Zusammenhang mit den Mehrausgaben nicht in Frage kommt. Hier wird also auch eine veränderte Einwirkung der Steuererhebung auf die Preisbildung nicht in Erscheinung treten. Viel schwieriger als beim Reich und vielleicht auch als bei einigen Ländern liegt die Finanzierungsfrage aber bei zahlreichen Gemeindeverwaltungen.

Die Gemeindeverwaltungen, denen die Hände für die Erhöhung von Realsteuern und für die Ausdehnung anderer Steuereinnahmen durch den Finanzausgleich übermäßig gebunden sind, werden zum Teil in die Versuchung geraten, sich die Mehreinnahmen durch Preiserhöhungen bei ihren Werken der öffentlichen Versorgung: Elektrizitätswerken, Gaswerken, Wasserwerken usw. zu verschaffen. Wenn dieser Weg beschritten würde, so würde in diesem Umfange die erhöhte Steueraufbringung unmittelbar als Preiserhöhung in Erscheinung treten, und da es sich hier zum großen Teil um Preise für Leistungen handelt, die für Industrie und Handel Faktoren der Produktionskosten sind, so würde von diesen Preissteigerungen der öffentlichen Werke ein verhängnisvoller Anstoß zur Ausbreitung der Preissteigerungs-Tendenzen in der ganzen Wirtschaft ausgehen.

Wenn der Reichsfinanzminister mit seinem erhobenen Finger gegen die drohenden Preissteigerungen also mehr als eine leere Geste machen will, so muß er vor allen Dingen auf seinem eigensten Gebiete, dem der Finanzregelung, anfangen. Er muß dafür sorgen, daß die aus der Besoldungsreform folgenden erhöhten Gemeindelasten nicht auf dem Wege der Tariferhöhungen aufgebracht werden, sondern daß den Gemeinden andere, das allgemeine Preisniveau nicht unmittelbar berührende Steuermöglichkeiten eröffnet werden. Dazu gehört entweder die Aufhebung der Fesseln für die Realsteuern oder die Erschließung neuer Steuerquellen, für die z. B. auf dem Gebiete der Alkoholbesteuerung Spielraum ist. Natürlich bedeutet auch eine Alkoholbesteuerung eine Erhöhung der Preise für alkoholische Getränke. Diese Erhöhung trifft aber den Alkoholkonsumenten unmittelbar, sie überträgt seine Steuerleistung auf die erhöhten Verbrauchsmöglichkeiten der Beamten für lebenswichtigere Dinge, ohne treibend auf die Preisgestaltung anderer Waren einzuwirken. Denn die alkoholischen Getränke sind für keinen anderen Gewerbezweig Produktionskostenfaktor.

Abgesehen von der besonderen Bedeutung, die in diesem Falle eine vernünftige Finanzpolitik, d. h. die beste Form der Aufbringung der Mittel für die Besoldungserhöhungen hat, ist es natürlich wichtig, den Versuchen, die in der kapitalistischen Wirtschaft unvermeidlich auftreten werden, durch Preiserhöhungen an Stellen der bevorzugten Nachfrage Sonderprofite im Zusammenhang der Verlagerung der Kaufkraft zu erzielen, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Hier könnte an sich z. B. eine verschärfte Kontrolle von Kartellen und anderen monopolistischen Vereinigungen manches Gute erreichen. Von dieser Regierung der Besitzinteressen auf diesem Gebiete wirklich durchgreifende Handlungen zu erwarten, wäre aber eine arge Selbsttäuschung.

Eher schon kann eine gewisse zügelnde Wirkung von einer starken Abwehr der öffentlichen Meinung gegen derartige Ausnutzungstendenzen ausgehen. Wir glauben, daß ein starker Widerstand der Konsumenten gegen die Zahlung erhöhter Preise viel dazu beitragen kann, ausbeuterische Preissteigerungen zu verhindern.

Vor allen Dingen ist es dazu wichtig, dem Irrglauben, als hätte die Besoldungsreform aus erhöhten Steuerleistungen auch nur das geringste mit Inflation zu tun, und als müßte die Besoldungsreform zwangsläufig zu Preissteigerungen führen, mit allem Nachdruck entgegen zu treten. Denn dieser Glaube macht unsicig, er ist falsch, aber wenn er um sich greift, schafft er den Boden für die Ausnutzung der Situation zu Sonderprofiten für einzelne Interessentengruppen.

F. R.

Noch keine Entscheidung über die Besoldungsreform.

Berlin, 16. September. (Eig. Funkm.). Das Reichskabinett befaßte sich am Donnerstag bis nachts 11.30 Uhr mit der Besoldungsreform. Eine entscheidende Beschlußfassung wurde angeblich wiederum ausgesetzt, weil der Reichsaußenminister als Vertreter der Volkspartei nicht anwesend war. Es ist deshalb anzunehmen, daß die Reichsregierung sich zu der Besoldungsreform des Reichsfinanzministers erst äußert, wenn Dr. Stresemann aus Genf zurückgekehrt ist.

*

Die Beratungen in Preußen abgeschlossen.

Das Preußische Staatsministerium hat seine Beratungen zur Besoldungsfrage im wesentlichen endgültig abgeschlossen. In den noch zwischen dem Reich und Preußen strittigen Restpunkten ist, wie wir erfahren, im großen und ganzen eine Einigung erzielt worden. Nur noch ein kleiner Teil der Differenzen ist zu erledigen. Die Schaffung einer gleichen Ministerialzulage im Reich wie in Preußen, sowie die Stellung der politischen Beamten in der Besoldungsfrage ist bei den Beratungen nicht erörtert worden.

Die Reichsregierung hatte ihre Beratungen über die Besoldungsreform am Donnerstag in vorgerückter Abendstunde noch nicht abgeschlossen.

Bremer Wahlen am 13. November.

Berlin, 16. September. (Eig. Funkm.). Der Wahlausschuß der Bremer Bürgerschaft beschloß, die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft am Sonntag, den 13. November, stattfinden zu lassen.

Reichstagsbeginn am 17. Oktober.

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß am Donnerstag, den Beginn der Sondertagung des Reichstages auf den 17. Oktober festzusetzen. Die Tagung soll nur der Beratung des Schulgesetzes, der Beamtenbesoldung und des Liquidationsschädengesetzes dienen. Fraglich ist, ob das Liquidationsschädengesetz bis dahin dem Reichstag bereits vorliegen wird. Die Tagung soll nur eine Woche dauern. Der Beginn der eigentlichen Wintersession des Reichstages, der von der Regierung für den 21. November verlangt wurde, soll später festgesetzt werden, wobei von den Regierungsparteien der 22. November in Aussicht genommen wird.

Die Sozialdemokraten sprachen sich für eine Tagung noch im September zur Beratung der Mieterhöhung, der Kriegsfürsorge und der Amnestiefrage aus, ebenso die Kommunisten und Demokraten, während die Regierungsparteien einschließlich der Wirtschaftspartei sich ablehnend verhielten. Auch die Beratung des Kleinrentnerversorgungsgesetzes in der Zwischentagung wurde von den Regierungsparteien abgelehnt.

Der Reichsaußenminister dürfte, wie der „Soz. Presse“ erfährt, die in seiner letzten Genfer Rede angekündigte Unterzeichnung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeitsklausel Anfang nächster Woche vollziehen. Der zur Ratifikation notwendige Gesetzentwurf dürfte bald darauf dem Reichstag überwiesen werden, so daß die Debatte darüber ebenfalls bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments stattfinden könnte.

Millerand für den Bruch mit Rußland.

Paris, 15. September. (Eig. Drahtber.) Der ehemalige Präsident der Republik, Millerand, der im Departement Orne in einer Ersatzwahl für den Senat kandidiert, hat am Donnerstag in Alencon seine erste Wahlrede gehalten, in der er sich zum Verteidiger der reaktionärsten Ideen auf politischem und sozialem Gebiete aufwarf. Er verlangte u. a. die Revision der Laicengesetzgebung und den sofortigen Abbruch der Beziehungen zu Sowjet-Rußland. Die Locarno-Abmachungen erklärte er für eine gefährliche Illusion, da sie den östlichen Verbündeten Frankreichs keinerlei Sicherheit böten, obwohl die „Aufrechterhaltung des territorialen Besitzstandes Polens für Frankreich ebenso lebenswichtig sei wie die Achtung der Bestimmungen des Friedensvertrages über Elsaß-Lothringen.“

*

Eine Interpellation in der Kammer.

Paris, 16. September. (Eig. Funkm.). Der sozialistische Abgeordnete Spinaße hat eine Interpellation über die Affäre Rakowski eingebracht. Er verlangt von Poincare und Briand zu wissen, warum die französische Regierung, ohne daß positive Tatsachen vorliegen, die Abberufung des Botschafters Rakowskis verlange und so den Bruch mit Sowjetrußland vorbereiten will.

Die gesamte Linkspresse spricht sich in Erwartung des Beschlusses des Ministerrates in dieser Sache scharf gegen den Abbruch der Beziehungen mit Rußland aus. Die Blätter unterstreichen, daß damit Frankreich nur das Spiel Englands und besonders der großen Petroleum-Gesellschaften betreiben würde.

Die Verschuldung der deutschen Wirtschaft.

Auf der Frankfurter Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie beschäftigte sich der Präsident des Reichsverbandes, Geheimrat Duisberg, mit der Gesamtverschuldung der deutschen Wirtschaft. Er hat über die gegenwärtige Verschuldung Ausführungen gemacht, die eine schwer zu überbietende Oberflächlichkeit und Mangel an volkswirtschaftlicher Einsicht verrieten. Wurde aber das falsche Bild in einer bestimmten Absicht entworfen, so ist es um so verwerflicher. Geheimrat Duisberg berechnete die Gesamtverschuldung der deutschen Wirtschaft mit 23 Milliarden Mark, wovon 13 Milliarden auf Aufwertungsschulden entfallen. Die Verschuldung betrug zwar vor dem Krieg 48,2 Milliarden, d. h. war mehr als zweimal so hoch; dennoch ist nach Geheimrat Duisberg die gegenwärtige Verschuldung von 23 Milliarden Mark angesichts der Tatsache, daß diese in wenigen Jahren erreicht wurde, während die Vorkriegsschuld in langen Jahrzehnten entstand, und angesichts der gegenüber der Vorkriegszeit viel höheren Zinssätzen eine verhängnisvolle Sache, deren schwere Folgen Geheimrat Duisberg grau in grau zeichnen zu müssen glaubte. In dem Folgenden soll kurz angedeutet werden, was bei dieser Darstellung Geheimrat Duisberg 1. verschwiegen, 2. falsch festgestellt hat, 3. wie die Frage der Verschuldung zu beurteilen ist, 4. welche Absichten hinter Geheimrat Duisbergs Darstellung lagen.

1. Nicht gesagt hat Geheimrat Duisberg: a) Die zehn Milliarden Schulden, die seit der Stabilisierung aufgenommen wurden, entsprechen einer jährlichen Neuverschuldung von etwa 3 Milliarden Mark. Die Neuverschuldung vor dem Krieg war aber pro Jahr keineswegs geringer. b) Der einfache Vergleich der Vorkriegsschulden mit den Nachkriegsschulden ist infolge der Veränderung des Geldwertes nicht zulässig. Einer Neuverschuldung von 10 Milliarden Mark entspricht im Vorkriegswert eine Schuld von nur etwa 6,5 Milliarden Mark. c) Insofern es sich um inländische Anleihen handelt, steht der Verschuldung eine ebenso große innere Kapitalbildung gegenüber, was die Kehrseite der Verschuldung darstellt. Werden doch die inländischen Anleihen aus neugebildeten Inlandskapitalien gegeben. d) Wenn heute Deutschland die Anleihen hoch verzinsen muß, so ist dies eine Folge der Inflationszeit, während der die Kapitalien fehlgeleitet, das Land von Betriebskapital entblößt und das Vertrauen des Auslandes erschüttert wurde. An dieser Inflationswirtschaft trägt die Großindustrie einen großen Teil der Schuld. Im übrigen ist die Zinslast im letzten Jahr erheblich leichter geworden. e) Wenn sich die Industrie seit der Stabilisierung weniger verschuldet hat als die öffentlichen Körperschaften, so liegt dies daran, daß innerhalb der Industrie heute allein die Großkonzerne in der Lage sind, sich durch festverzinsliche Schuldverschreibungen Kredite zu verschaffen, der Kreditbedarf der Großkonzerne ist aber durch die ungeheuren Gewinne stark vermindert. Hätte zum Beispiel der unter der Leitung des Geheimrats Duisberg befindliche Farbentrust nicht Riesengewinne gemacht, aus welchen die Neuanlagen gebaut werden, so wäre er ohne Zweifel auf viel größere Kredite angewiesen. f) Nicht gesagt wurde, daß ein Teil der Auslandsanleihen von inländischen Kapital, besonders im vergangenen Jahr, zurückgekauft wurde, was die Größe der Gesamtverschuldung nicht unwesentlich zu beeinflussen vermag.

2. Falsch war in der Darstellung von Geheimrat Duisberg: a) die willkürliche Heranziehung allein nur der festverzinslichen Schuldverschreibungen für die Feststellung der Verschuldung, ohne Berücksichtigung der Aktien und der Bankschulden. Die Kapitalversorgung der Industrie würde bei Berücksichtigung dieser Quellen in einem ganz anderen Licht gegenüber den öffentlichen Anstalten erscheinen. b) Viel ärger war aber das Zusammenwerfen der Inlandsverschuldung mit der Verschuldung an das Ausland. Bei den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270917-10/fragment/page=0001

ausländischen Schulden handelt es sich nur um eine Verschiebung der Einkommen. Die für den Zinsendienst der inneren Anleihen verwendeten Summen fehren in irgendeiner Form in die deutsche Volkswirtschaft zurück. Die im Inland zur Verteilung gelangende Produktenmenge — das Sozialprodukt — wird durch diese Schulden nicht geringer, nur wird sie anders verteilt. c) Vollkommen unzulässig war die Hinzurechnung der Aufwertungsschulden zu der Gesamtschuldenlast. Die Volkswirtschaft als solche erleidet durch die Aufwertungsschulden keinen Schaden. Es handelt sich auch hier nur um Einkommensverschiebungen, wobei der enteigneten Rentnerklasse im mäßigen Umfang Kapitalen zufließen. Da die Reallöhne seit dem Krieg gesunken sind, wäre heute allein die Rentnerklasse als „Pufferschicht" in der Lage, eine Absatzkrise, die infolge des immer neu zu entstehenden Mißverhältnisses zwischen Produktion und Verbrauch in regelmäßigen Zeitabständen wiederzukehren pflegt, abzuwehren. Somit haben die Aufwertungsschulden von 15 Milliarden als neue Verschuldung hinzustellen, wo doch die der Aufwertung zugrunde liegenden Schulden vor dem Krieg gemacht wurden und deren Gegenwert mindestens in der Höhe der Aufwertung in Industrie und Landwirtschaft noch vorhanden ist.

3. Was nun die wirkliche Bedeutung der Verschuldung der deutschen Wirtschaft anbelangt, so ist dazu, abgesehen von dem oben erwähnten Unterschied zwischen inländischer und ausländischer Verschuldung, noch folgendes zu sagen: An sich besagt die Höhe der Verschuldung noch nichts. Es kommt darauf an, und zwar in bezug sowohl auf die Inlands- wie die Auslandsverschuldung, welche Werte mit Hilfe dieser Kredite geschaffen wurden. Bei Anleihen der Industrie und der Landwirtschaft wird dies an den Erträgen sichtbar, ob diese nämlich größer sind als die gebotenen Kapitalien, und ob über die Verzinsung und Tilgung der fremden Kapitalien hinaus noch ein Mehrertrag erscheint. Bei den öffentlichen Anleihen muß der Begriff der produktiven Verwendung weiter gefaßt werden: wenn man durch die Anleihen die Produktivität der Gesamtwirtschaft fördert, sei es durch Verbesserung des Verkehrs zum Beispiel Straßenbau), sei es durch Verbesserung der Volksgesundheit (Wohnungsbau), so ist auch dann eine produktive Verwendung vorhanden, wenn sich auch keine sichtbaren Mehrerträge, wie bei der Privatwirtschaft, ergeben. Wurden diese Werte geschaffen, so ist es für die Volkswirtschaft um so besser, je größere Kredite aufgenommen worden sind, d. h. je größer die Verschuldung ist. Ist dies nicht der Fall, so bedeutet es, daß die geliehenen Kapitalien zu Fehlinvestitionen verwendet wurden. Dann aber wird nicht die Kreditaufnahme an sich, sondern deren unrichtige Verwendung für die entstehenden Schwierigkeiten verantwortlich sein.

Belgiens Niederlage bei der Ratswahl.

Durch die italienische Delegation.

Genf, 15. September. (Eig. Drahtb.). Die Vollversammlung des Völkerbundes befaßte sich am Donnerstag vormittag ausschließlich mit der Wiederwählbarkeit Belgiens in den Rat. Das Ergebnis der Abstimmung wirkte geradezu sensationell; denn trotz der Zusage von 36 Staaten, für die Wiederwählbarkeit Belgiens zu stimmen, sprachen sich lediglich 29 dafür aus, Belgien war damit durchgefallen, da die Wiederwählbarkeit eines Landes nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann. Belgien erhielt von 48 Stimmen lediglich 29, während die notwendige Zweidrittelmehrheit 32 Stimmen betrug; es fehlten also drei Stimmen.

Es steht fest, daß England, Frankreich und Deutschland für die Wiederwählbarkeit Belgiens gestimmt haben, während der größte Teil der Dominien trotz der Intervention Chamberlains und ebenso die standinavischen wie die südamerikanischen Staaten sich dagegen aussprachen. Vor allem Kanada hat hinter den Kulissen mit allen Mitteln gegen die Wiederwählbarkeit eines belgischen Vertreters in den Rat gearbeitet, obwohl es der belgischen Delegation schon vor Tagen wissen ließ, daß es für die Wiederwahl stimmen würde. Das gleiche ist von der italienischen Delegation zu sagen, die mit ähnlichen Erklärungen wie Kanada an den belgischen Außenminister herangetreten ist, ohne aber ihr Wort einzulösen. Aber was gilt den Faschisten ihr Wort? Die standinavischen Delegationen, denen zum Teil Sozialisten angehören, und die südamerikanischen Staaten stimmten aus prinzipiellen Gründen gegen die Wiederwählbarkeit. Ihnen — und das muß leider auch von den sozialistischen Delegierten gesagt werden — war das Prinzip mehr als die außerordentlich rührige und von allen Seiten hochgeschätzte Persönlichkeit des belgischen Außenministers.

Als das Abstimmungsergebnis mitgeteilt worden war, meldete sich Vandervelde sofort zum Wort und richtete an die Versammlung unter lautloser Stille folgende kurze Ansprache:

„Eine Anzahl von Länder hatte geglaubt, daß es nützlich sein könnte, namentlich in Bezug auf die Durchführung der Verträge von Locarno, daß Belgien auf weitere drei Jahre im Rat des Völkerbundes verbleibe. Die Mehrheit dieser Versammlung hat diese Ansicht zum Ausdruck gebracht, aber die erforderliche qualifizierte Mehrheit ist nicht erreicht worden. Unter diesen Umständen habe ich zweierlei zu erklären:

Erstens, daß die belgische Delegation tief davon überzeugt ist, daß die abgegebenen Nein-Stimmen durchaus achtbarer prinzipiellen Gründen entsprungen sind, die nichts mit dem Gefühl der Versammlung gegenüber Belgien zu tun haben. (Stürmischer Beifall auf allen Bänken, mit Ausnahme der italienischen Delegation).

Zweitens, und das brauchte eigentlich kaum gesagt zu werden, daß die soeben erfolgte Abstimmung Belgien nicht daran hindern wird, auch künftig seine aktivste, treueste und wärmste Mitwirkung dem großen Friedenswerk des Völkerbundes zu leihen". (Der Beifall steigerte sich zu wahren Ovationen, an denen sich nur die italienische Delegation nicht beteiligte).

Der Ausgang der Abstimmung ist u. a. natürlich auch als praktische Fortsetzung der letzten Debatten in der Vollversammlung zu werten, denn er bringt die Rebellion der kleinen Staaten gegen die Sonderverhandlungen der Großmächte und vor allem der Locarnomächte zum Ausdruck. Belgien war an diesen Verhandlungen maßgebend beteiligt. Andererseits wirft das Abstimmungsergebnis die Frage auf, ob der belgische Vertreter noch weiterhin in der Vorbereitenden Abrüstungskommission bleiben kann. Sein Abgang würde ohne besonderen Beschluß der Vollversammlung unvermeidlich sein. Bei der hervorragenden Rolle, die der belgische Delegierte de Broucker in dieser Kommission gespielt hat und späterhin noch spielen dürfte, wäre der Verzicht auf seine Mitarbeit für die Sache der Abrüstung ein großer Verlust. Der neue Rat wird deshalb wahrscheinlich in Uebereinstimmung mit der Vollversammlung Belgien einladen, seinen Vertreter in der Vorbereitenden Abrüstungskommission zu belassen. Voraussichtlich wird darüber schon am kommenden Sonnabend in der Plenarsitzung entschieden werden.

Enttäuschung in Belgien.

Brüssel, 15. September. (Eig. Drahtb.). Der „Peuple" kommentiert bereits am Donnerstag abend den Ausgang der Abstimmung bei der Ratswahl in Genf. Es ist aber unschwer vorauszusehen, daß am Freitag die ganze reaktionäre Presse diesen Mißerfolg gegen Vandervelde und die sozialistische Partei ausschlachten wird.

Der „Peuple" schreibt: „Es wäre eitel, die Enttäuschung verheimlichen zu wollen, die diese unangenehme Entscheidung in Belgien verursachen wird. Die Ausschaltung Belgiens vom Völkerbundsrat ist in der Tat aus zahlreichen Gründen sowohl vom rein belgischen wie vom internationalen Standpunkt aus bedauerlich. In seiner Eigenschaft als früherer alliierter Staat, der an der Besetzung des Rheinlandes teilnimmt, hat Belgien wenigstens während der Dauer dieser Besetzung besondere Interessen wahrzunehmen und besondere Anrechte auf eine Vertretung im Rate. Es wird noch lange dauern, bevor ein anderer kleiner Staat das gleiche moralische Gewicht im Völkerbundsrat haben wird wie Belgien, das ein unschuldiges Opfer des Krieges und einer der Hauptinteressenten an der Durchführung des Friedensvertrages ist. Andererseits erkennen alle Länder einstimmig die großen Verdienste an, die die belgischen Delegierten im Rate der Sache des Friedens erwiesen haben, namentlich in den letzten Jahren, wo Belgien das Glück hatte, von einem Manne so großen Kalibers, wie Vandervelde, vertreten zu sein".

„Vandervelde", fährt der „Peuple" fort, „verläßt den Rat zu gleicher Zeit wie Benesch. Der Rat verliert also mit einem Schlage zwei hervorragende Diener des Friedens. Es steht zu befürchten, daß der Geist, der im Rate herrschen wird, davon nicht unberührt bleiben wird. Die entschieden friedliebenden und demokratischen Einflüsse im Rate beduften insbesondere im gegenwärtigen Augenblick einer Verständigung und nicht einer Schwächung". Der „Peuple" fügt hinzu, daß insbesondere auch Frankreich mit einem Schlage zwei seiner zuverlässigsten Freunde im Rate verliert, und zwar Freunde, die diese Freundschaft zu Frankreich glücklicherweise mit einem wahrhaft europäischen und friedliebenden Geist zu vereinen verstanden haben.

„Le Soir" schreibt: „Diese Niederlage wird in Belgien schmerzlich empfunden werden. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß die Anwesenheit Belgiens im Rate gerade jetzt als überflüssig empfunden wird, wo Deutschland in den Rat eingezogen ist".

Vandervelde verläßt Genf am Sonnabend und wird am Sonntag früh in Brüssel eintreffen.

*

Paris, 15. September. (Eig. Drahtb.). Der „Temps" schreibt zu dem Abstimmungsergebnis über die Wiederwählbarkeit Belgiens in den Völkerbundsrat, man sei peinlich berührt, feststellen zu müssen, daß das Land, das das erste Opfer des Krieges war, nicht mehr im Rate sitze, wogegen Deutschland jetzt einen ständigen Ratssitz inne habe. Selbst wenn die Abstimmung eine Folge des Widerstandes zahlreicher Delegationen gegen das Prinzip der Wiederwählbarkeit nichtständiger Ratsmitglieder sei, so hätte man dieses Prinzip nicht zum ersten Male Belgien gegenüber anwenden dürfen, das alle Rücksicht verdiene.

Witwe Wilson will die Vizepräsidentschaft

Die Witwe des Präsidenten Woodrow Wilson

soll nach dem Wunsche der amerikanischen Frauenvereine als Kandidatin für den Posten eines Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika aufgestellt werden. Der Vizepräsident hat für den Fall des Ablebens des Präsidenten automatisch die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten anzutreten. So sind im Laufe des letzten Vierteljahrhunderts die Vizepräsidenten Roosevelt und Coolidge Präsidenten geworden. Zurzeit ist General Dawes, der Schöpfer des vielgenannten Dawes-Planes, Vizepräsident.

Die Danziger Frage.

Das Munitionsdepot auf der Westerplatte.

Genf, 15. September. (Eig. Drahtb.)

Der Völkerbundsrat befaßte sich am Donnerstag vormittag mit einer ganzen Reihe von Danziger Fragen. Die wichtigste betraf den Antrag Danzigs auf Aufhebung der Entscheidung des Völkerbundsrates bezüglich des Rechtes Polens auf ein Munitionsdepot auf der Westerplatte. Das vom Rat am 1. September eingesetzte Juristenkomitee, an dem die Rechtsberater von zehn Nationen teilnahmen, hat nach vier langen Sitzungen ein sehr ausführliches Rechtsgutachten von großer völkerrechtlicher Bedeutung gefällt.

Dieses Gutachten verneint die Möglichkeit, eine frühere Entscheidung des Rates zu revidieren, falls neue Tatsachen eintreten; in diesem speziellen Falle stellt es sich aber auf den Standpunkt, daß die frühere Entscheidung über die Westerplatte eine schiedsrichterliche Entscheidung darstellt, die im Einverständnis zwischen den beiden Parteien aufgehoben werden kann, besonders wenn neue Tatsachen vorliegen (deren Vorhandensein es übrigens einstweilen verneint). Es bleibt immerhin Danzig die Möglichkeit, diesen Punkt in einem neuen Verfahren aufzuwerfen, allerdings erscheinen die Aussichten Danzigs vorläufig nicht gerade günstig.

Die Frage des Klagerechts der Eisenbahner wurde auf einen späteren Termin vertagt, ebenso die Frage der Exterritorialität der Westerplatte. Nur der eine Punkt, der eine Aenderung in der Verwendung eines Teiles der Danziger Anleihe betrifft, wurde im Sinne des Gutachtens des Finanzkomitees entsprechend den Wünschen Danzigs erledigt.

Am Nachmittag befaßte sich der Rat mit einem seit Jahren zwischen Deutschland und Griechenland bestehenden Streitfall. Es handelt sich dabei um die Lieferung eines Kreuzers „Salamis", der im Jahre 1912 bei der Vulkanwerft von Griechenland im Auftrag gegeben worden und im November 1914 vom Stapel gelaufen war. Er konnte aber während des Krieges nicht abgeliefert werden. Als das im Jahre 1919 nachgeholt werden sollte, verweigerte die griechische Regierung die Annahme, weil der Kreuzer veraltet sei. Griechenland beruft sich nun auf die Artikel 190 und 192 des Versailler Vertrages, die Deutschland die Ausfuhr von Kriegsschiffen und Kriegsmaterial verbieten. Es will auf die Lieferung verzichten, d. h. von dem Vertrag ohne Gegenleistungen entbunden sein.

Die Entscheidung über den Streitfall wurde ausgesetzt, um zunächst die Kompetenz des Rates feststellen zu lassen. Zu diesem Zweck wurde eine dreigliedrige Kommission eingesetzt. Im Anschluß daran erfolgte eine kurze Abschiedskundgebung des Ratspräsidenten an die aus dem Rat ausscheidenden Mitglieder Vandervelde (Belgien), Benesch (Tschechoslowakei) und Guerrero (San Salvador), die sämtlich auf die Rede des Präsidenten mit Dankesworten erwiderten. Damit war die 46. Tagung des Völkerbundsrats abgeschlossen. Die 47. Tagung beginnt unter dem Vorsitz des chinesischen Gesandten in Lissabon am Sonnabend, und zwar unter Teilnahme der neu gewählten Mitglieder.

*

Als neue Mitglieder des Völkerbundsrats wurden am Donnerstag gewählt Kuba mit 43 Stimmen, Finnland mit 33 und Kanada mit 26 Stimmen. Portugal erhielt 16 und Griechenland 23 Stimmen. Mehrere Stimmen zersplitterten sich auf verschiedene Staaten.

Konflikt zwischen Zentrum und Deutschnationalen.

Die Richtlinien der Bürgerblockregierung.

Berlin, 16. September. (Eig. Funkm.). In den letzten Tagen hat zwischen der Berliner deutschnationalen Presse und dem führenden Organ des Zentrums, der Germania, über Sinn und Inhalt der bei der Bildung der gegenwärtigen Regierung vereinbarten „Richtlinien" eine scharfe Auseinandersetzung stattgefunden. Das letzte Wort hatte in diesem Streit der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Baecker am Donnerstag morgen in der Deutschen Tageszeitung. Da seine Ausführungen innerhalb der Zentrums allgemein als die Auffassung der deutschnationalen Parteileitung betrachtet wurden, andererseits aber mit dem Sinn der „Richtlinien", wie sie vom Zentrum verstanden werden, nicht übereinstimmen, wird der Fraktionsvorstand des Zentrums heute oder morgen in einem offiziellen Artikel auf die Darlegungen des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Baecker antworten. Angeblich handelt es sich hierbei um den Anfang einer **öffentlichen Auseinandersetzung zwischen der deutschnationalen Parteileitung und dem Zentrum.** Was dabei hinsichtlich des Bestandes der gegenwärtigen Regierungskoalition herauskommt, bleibt abzuwarten. Es ist bezeichnend, daß das Zentrum nunmehr daran geht, die von seiner Presse mit den Deutschnationalen geführte Auseinandersetzung in offizielle Bahnen zu lenken.

Der Referendar und die Republik.

Man schreibt uns: Dieser Tage hatten sich vor dem Schöffengericht in Stade (Unterelbe) der Referendar Budde aus Hamburg und der 39jährige Schriftsteller des „Nordhannoverschen Landboten" in Zeven, Ernst August Meyer, wegen Vergehens gegen das Republikschutzgesetz zu verantworten. Budde hatte in seinem Artikel von Preußen als von einem „Zuchthausstaat" gesprochen, der vor einer bestialischen Marterung des Hannoverschen Volkes nicht zurückschreke. Er hatte dabei auch in unerhörter Weise die preußischen Landesfarben herabgesetzt. Der Schriftleiter Meyer war für die Aufnahme des Artikels preßgesetzlich verantwortlich und stand infolgedessen ebenfalls unter Anklage.

Der Staatsanwalt beantragte gegen Budde eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten und gegen Meyer eine Geldstrafe in Höhe von 600 Mark. Das Urteil lautete gegen Budde anstelle einer verwirkten Gefängnisstrafe von 6 Wochen auf eine Geldstrafe in Höhe von 600 Mark und gegen Meyer, der wegen Beleidigung schon vorbestraft ist, auf zwei Wochen Gefängnis bzw. 300 Mark Geldstrafe. Die Angeklagten nahmen das Urteil an, während sich der Oberstaatsanwalt die Entscheidung vorbehielt.

Budde steht in den Diensten des Hamburger Senats. Welche Schritte gedenken die verantwortlichen Stellen in Hamburg einzuleiten?

Thüringens Haushaltsplan.

Weimar, 15. September. (Eig. Drahtb.). Am Donnerstag trat der Landtag von Thüringen nach der Sommerpause zum ersten Male wieder zusammen, um endlich auf Drängen der Sozialdemokraten den Etat für 1927 zu beraten. Finanzminister Loelig erklärte in seiner Begründung des Haushalts, er hoffe, die bestehende Differenz von 10 Millionen RM zum größten Teil durch Bestände der letzten Jahre auszugleichen. Dann wären allerdings alle Steuerreserven endgültig erschöpft. Für das Jahr 1928 wäre unter diesen Umständen mit einem Fehlbetrage von 20 Millionen zu rechnen, ohne daß vorläufig die Möglichkeit eines Ausgleichs gegeben sei. Eine wesentliche Erleichterung erhofft der Minister nur von einer gründlichen Aenderung des Reichsfinanzausgleichs zu Gunsten der Länder und von einem Verzicht des Reiches auf seine bisherige Politik, den Ländern Aufgaben ohne finanzielle Deckung — wie zum Beispiel durch das Reichsschulgesetz — zu übertragen. Die Antwort auf die Anfrage von sozialistischer Seite, wie hoch sich gerade diese Ausgabe mutmaßlich beläuft, blieb der Minister schuldig.

Die Debatte über den Haushaltsplan und die Rede des Finanzministers wird in der kommenden Woche beginnen.

Berlins Hauszinssteueraufkommen.

Von der in der Reichshauptstadt aufgebrachten Hauszinssteuer sind — nach Mitteilungen des Berliner Magistrats — in den Jahren 1924 bis 1926 nicht weniger als rund 113 Millionen Reichsmark an den Staat zur Verwendung außerhalb Berlins abgeführt worden. Durch diesen Aderlaß ist die Stadt Berlin mindestens um 1¼ Jahre in der Bekämpfung der Wohnungsnot zurückgeworfen worden. Während dem Berliner Wohnungsbau diese ungeheure Summe entzogen wurde, stieg die Zahl der benötigten Wohnungen in dem roten Groß-Berlin von 90 000 im Jahre 1926 auf 120 000 im Jahre 1927.

Das Urteil im Turatiprozeß.

Paris, 15. September. (Eig. Drahtber.) Im Turati-Prozeß ist jetzt das Urteil gefällt worden. Turati und der ebenfalls in Abwesenheit verurteilte Advokat Pertini sowie die Professoren Rosselli und Pari, der Vermittler des Motorbootes da Bove und der Benzinlieferant Boyance wurden zu 10 Monaten Haft verurteilt. Der Kapitän, der das Boot nach Portugal steuerte, erhielt 1 Jahr 1 Monat Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270917-10/fragment/page=0002

Städtetag und Finanzausgleich.

Am Donnerstag beschäftigte sich der Finanzausschuß des Deutschen und Preußischen Städtetages u. a. mit dem preußischen Finanzausgleich, der kommunalen Anleihepolitik und der Besoldungsreform. Ueber die Tagung wird folgendes Kommunique verbreitet:

„Der jetzt geltende Finanzausgleich in Preußen, insbesondere die gegenwärtige Einkommen- und Körperschaftssteuerverteilung mit der sogenannten relativen Garantie und ihrer Bindung an längst überholte Vorkriegsverhältnisse, wird von der Gesamtheit der Gemeinden als unzulänglich empfunden. Für die künftige Gestaltung des Finanzausgleichs wird eine stärkere Berücksichtigung des örtlichen Aufkommens gefordert. Die vom Städtetag in Vorbereitung befindlichen Reformvorschläge werden sich insbesondere auch auf eine Veredelung des Lastenausgleichs beziehen, der den örtlich verschieden gelagerten Verhältnissen der Städte nach Möglichkeit gerecht werden soll. Scharfe Kritik wurde an der Politik der Beratungsstelle für Auslandsanleihen geübt. Der berechtigte Kreditbedarf der Städte für werbende Zwecke und Wohnungsbau muß mindestens im gleichen Maße Berücksichtigung finden, wie der Kreditbedarf der privaten Wirtschaft. — Allgemein wurde die Notwendigkeit einer durchgreifenden Besoldungsreform anerkannt. Jedoch wurden ernste Besorgnisse laut, wie die durch die Erhöhung der Beamtengehälter notwendig werdenden Mehrausgaben ohne eine Aenderung des Finanzausgleichs aufgebracht werden sollen. Während sich das Reich in der glücklichen Lage befindet, die Besoldungsreform aus tausenden Einnahmen bestreiten zu können, sollen die Einnahmen der Gemeinden durch die in Aussicht genommenen neuen Steuergesetze weiterhin abgebaut werden. Falls diese Tendenzen verwirklicht werden und insbesondere etwa die zurzeit im Gange befindliche Agitation der Filminteressenten für Aufhebung der Kinosteuer Erfolg haben sollte, würde eine große Anzahl deutscher Gemeinden ohne jede Schuld in ernste finanzielle Bedrängnis geraten".

Die Arbeitslosenversicherung im Reichsrat.

Der Reichsrat überwies am Donnerstag einen Gesetzentwurf über die Vereinheitlichung des Steuerrechts, einen Antrag Preußens zur Abänderung des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung und einen Gesetzentwurf über Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibung öffentlich rechtlicher Kreditanstalten an die zuständigen Ausschüsse.

In nichtöffentlicher Sitzung wurden die Uebergangsbestimmungen für die Arbeitslosenversicherung beraten. Es handelt sich hier, wie verlautet, um erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen Preußen und Sachsen.

Die Errichtung von Abrechnungsstellen im Scheckverkehr in Koblenz und Eisenach ist genehmigt worden.

Besatzungsmanöver.

Die eben beendeten Manöver der französischen und englischen Besatzungstruppen im Rheinland haben — wie der „Soz. Pressedienst" erfährt — wieder zu zahlreichen Beschwerden der Bevölkerung an die zuständigen Stellen geführt. Die französischen Truppen manövrierten im östlichen Hunsrück. Sie beschlagnahmten dort in der Manöverzeit zahlreiche Schulen, sodaß der Unterricht nicht abgehalten werden konnte, obwohl die Schulferien längst zu Ende waren. Andererseits klagen viele kleine Landwirte über erhebliche Vermögensschäden, die zwar von der Abschätzungskommission der manöverfernden Truppen anerkannt aber nur ungenügend entschädigt worden sein sollen. Auch durch die englischen Truppenübungen, die im Rheingau stattfanden, sind nach den vorliegenden Beschwerden viele Bauern erheblich betroffen worden. Die Interalliierte Kommission in Koblenz zeigt vorläufig noch wenig Neigung, den berechtigten deutschen Wünschen nach Schadenersatz voll zu entsprechen.

Gewerkschaftliches.

Der Arbeitskonflikt im mitteldeutschen Bergbau

Am kommenden Sonnabend und Sonntag, den 17. und 18. September, finden im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in allen Arbeiterorten und Belegschaften Verhandlungen statt, bei welchen zur Lage im Revier und zur Kündigung des Arbeitsabkommens Stellung genommen wird. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß die Belegschaften sich hinter die Beschlüsse der Organisation stellen werden.

Verschiedene Blätter brachten eine anscheinend vom mitteldeutschen Braunkohlenindustrieverein ausgehende Meldung, wonach die Gewerkschaften die mitteldeutschen Belegschaften trotz des Tarifvertrages zur Kündigung des Vertrages aufgefordert haben und diese Aufforderung ohne Ausnutzung der Verhandlungsmöglichkeiten ergehen ließen. Daran ist, wie der Verband der Bergarbeiter Deutschlands mitteilt, richtig, daß der Lohntarif infolge Kündigung durch die Gewerkschaften am 30. Juni d. J. ablief. Die im Juni stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen blieben durch das Verhalten der Arbeitgeber negativ. Seit dem 1. Juli besteht daher im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ein Lohntarif nicht mehr. Die Schlichtungsinstanzen sind von den Gewerkschaften restlos in Anspruch genommen worden.

Bundeskongreß des ADB.

Der Bundeskongreß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nahm am Mittwoch zur Besoldungsreform Stellung. Der Besoldungsfachmann des A. D. B. Dr. Völter, dessen Sachkenntnis, wie von einem Regierungsvertreter hervorgehoben wurde, auch bei den maßgebenden Stellen zur Genüge bekannt ist, bedauerte, daß noch immer keine genauen Angaben über die Reform vorliegen und er sich deshalb zunächst nur auf die Magdeburger Rede des Finanzministers Dr. Köhler stützen könne. Völter anerkannte, daß man bis zu einem gewissen Grad bemüht gewesen sei, das 1924 an den unteren Beamten begangene Besoldungsunrecht wieder gut zu machen. Die Besoldungserhöhung werde daher begrüßt, es solle dem ADB durchaus nicht ein, so zu tun, als ob die Erhöhung nichts wäre.

Trotzdem dürften die schweren Mängel der Neuregelung nicht übersehen werden. So müsse man den beabsichtigten Ledigenabzügen und der Beschränkung der Zulagen für uneheliche Kinder widersprechen. Das Gleiche gelte von der Einführung der Stellenzulage, mit der man nur der Protektionswirtschaft Tür und Tor öffne. Ungerecht sei die Behandlung der Diätare, die zum Teil schlechter gestellt werden sollen. Wolle die Reichsregierung vielleicht wieder ähnlich stürmische Vorgänge wie vor Jahren, als die Diätare gegen ihre untertarifmäßige Bezahlung rebellierten? Ungerecht sei auch, daß die Besoldungsreform keine rückwirkende Kraft für die Altpensionäre habe. Man sei jetzt glücklich dabei, drei Gruppen von Pensionären zu schaffen. Bedauerlich sei, daß die Ortsklassenregelung nicht im Zusammenhang mit der Besoldungsreform erfolge. Zur Schaffung einer Vorlage sei wirklich Zeit genug gewesen. Gegenüber dem vielen Gerede über die Wiederherstellung der Vorkriegsverhältnisse in der Besoldung müsse man doch darauf hinweisen, daß die Vorkriegsbezahlung der unteren Beamten jämmerlich genug gewesen sei und deshalb kein erstrebenswertes Ziel darstelle.

Zusammenfassend erklärte Völter, daß die Reform wohl gewisse Verbesserungen in der Besoldung bringe, aber auf der anderen Seite auch eine Rückwärtsrevidierung des Besoldungssystems, vor allem durch die Tendenz zu den Vorkriegsverhältnissen im Gesamtbild der Besoldung. Der Preis für die Besserbezahlung dürfte unmöglich darin liegen, daß in das Besoldungssystem der Vorkriegszeit wieder einziehe.

In der Aussprache, die zum Teil, vor allem bei den Protesten gegen die Verhandlungsmethoden des Reichsfinanzministeriums, recht stürmisch verlief, wies der Vorsitzende des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Scheffel, darauf hin, daß man jetzt wieder den Beamten einzureden versuche, eine Besserung sei erst möglich gewesen, nachdem sich Teile der Beamten von den Arbeitern getrennt hätten. Vor diesen Rattenfängermelodien müsse die Beamtenschaft auf der Hut sein. Der Vertreter des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Stetter, beleuchtete die Gefahren der Preissteigerung. Die Bürgerblockregierung werde ebensowenig wie seinerzeit die Lutherregierung trotz aller starken Worte etwas Ernsthaftes gegen die Preissteigerung unternehmen. Nach einer Befürwortung der Reformierung der Kinderzulagen betonte Stetter, aller Jubel über die „33 Prozent" Aufbesserung, den es in Magdeburg gegeben habe, könne nicht darüber hinwegtäuschen, daß die neue Besoldungserhöhung den Hunger der unteren Beamtenschaft nicht stille. Ein Wunder sei es, daß Beamte und Arbeiter mit 100 und 110 Mark Monatsgehalt in Deutschland heute noch als ehrliche Leute leben. Der Vertreter der Reichsbahnbeamten, Kunze vom Einheitsverband, kritisierte scharf die Ankündigungen der Reichsbahngesellschaft, die Organisationsvertreter lediglich zu einer „Aussprache" über die Besoldungspläne heranzuziehen. —

Die Aussprache über die Besoldungsreform war der Höhepunkt der Tagung. Die Besoldungsfrage hat den ganzen Kongreß überschattet. Trotzdem hat es der Reichsfinanzminister entgegen seinem ursprünglichen Versprechen nicht für nötig erachtet, auf dem Kongreß zu erscheinen. Zur Haltung des Reichsfinanzministers nahm der Vorsitzende des Bundeskongresses, Albert Falkenberg, in seinem Schlußwort scharf Stellung.

Der Herr Reichsfinanzminister, erklärte Falkenberg, ist nicht erschienen. Das ist eine Tatsache, die auch wir respektieren müssen. Wir lassen uns aber dadurch nicht beirren auf dem Wege, den wir als richtig erkannt haben. Wir haben durchaus Verständnis für die Arbeitslast eines Ministers, insbesondere eines Reichsfinanzministers während einer Besoldungsreform. Was wir aber bedenklich finden, das ist das ganze Verfahren, das eine Reichsverwaltung gegenüber der gesamten Beamtenschaft anzuwenden für richtig befand. Wir leben in der Zeit des parlamentarischen Systems. Heißt das etwa, daß derjenige Teil des deutschen Volkes politisch trockengelegt wird, der einer am Ruder befindlichen Koalition nicht paßt? Heißt diese Art zu regieren, daß diejenigen Schichten der Arbeitnehmer zu gewerkschaftlicher Abstinenz gezwungen werden sollen, die nicht mit der Grundmeinung einer bestimmten Regierungskoalition übereinstimmt? Druck erzeugt Gegendruck. (Lebhafte Zustimmung). Die Methode, die hier geübt wurde, wird die Opposition mehr festigen als irgend eine sachliche Unfreundlichkeit auf dem Gebiete der Besoldungsreform (Sehr richtig). Und zwar um so mehr dann, wenn erst die Auswirkung dieser Besoldungsreform den heute noch in einer Art Zulagenpsychose befangenen Beamtenschichten klar geworden sein wird und die Beamten sehen, daß ihr Optimismus ein Irrtum war. (Beifall.) Uns kann vom agitatorischen und organisatorischen Standpunkt diese Methode nur recht sein; wir können bei ihr nichts verlieren. Wir bedauern jedoch diesen Zustand, weil er die Interessen einer in der Richtung des Fortschritts arbeitenden Beamtenschaft aufs gröblichste zu verletzen geeignet ist. Auch auf diesem Kongreß ist wie auf den ersten von der Notwendigkeit einer Festigung der Republik gesprochen worden. Heißt das Festigung der Republik, wenn man die elementarsten Grundsätze des Rechts der Mitwirkung ausgerechnet den Beamten unterbindet? Uns scheint, daß wir erst die Auswirkungen der Besoldungsreform abwarten müssen, bevor wir ein endgültiges Urteil zu fällen in der Lage sind. Das soll aber gewiß nicht bedeuten, daß wir nicht von dieser Stunde an alles tun, um die Stellung der Mächte zu zerbrechen, deren Auffassung uns durch den Mund des Herrn Reichsfinanzministers bekannt gegeben ist. Wir kannten diese Meinung. Sie paßt zu allem was dieser Regierungssturs den Beamten seit Jahren beschert hat. Der erste Bundeskongreß des ADB. sah ein politisches Interregnum; es gab keine Reichsregierung. Ist es seit jener regierungslosen Zeit besser für uns geworden? Die theoretische Feststellung, daß es immer Schritt für Schritt bergab gegangen sei mit den Arbeitnehmern, darf uns nicht genügen. Wir gebrauchen eine Praxis, die allen zeigt, daß wir nicht nur zu denken, sondern auch zu handeln wissen. Diese Praxis erfordert die Fähigkeit, mit geistigen Waffen zu kämpfen. Eine unserer Hauptaufgaben der nächsten Zeit wird darum sein, die Fähigkeit aller in der Handhabung der geistigen Waffen auf den höchsten Punkt zu bringen. (Lebhafter Beifall.) Kein Schwanken, kein bänliches Zaudern! Keine Konjunkturfuggestion! (Erneute Zustimmung und Beifall). Wer in der Politik steht, weiß, daß es auch in ihr heißt: „Heute rot, morgen tot". (Zustimmung). Wir wollen weder Weltverbesserer im Wolkenkuckucksheim sein, noch uns abschließen von Andersdenkenden. Im Gegenteil, alle, die wie wir denken, rufen wir auf, mit uns zu handeln. In diesem Sinne schließe ich den Kongreß mit einem herzlichen „Glückauf!" Es lebe der ADB! — Die Versammelten stimmten begeistert in ein dreifaches Hoch ein.

Radio-Tageblatt

(Eigener Funkdienst)

Hindenburg Ehrenbürger von Breslau.

Breslau, 16. September. (Eig. Funkm.). In einer Geheimsitzung der Breslauer Stadtverordnetenversammlung wurde am Sonnabend abend der Reichspräsident Hindenburg zum Ehrenbürger der Stadt gewählt. Oberbürgermeister Dr. Wather hatte, um diesen Beschluß zustande zu bringen, ein Gutachten des Kreisarchivs eingeholt, in dem bestätigt wird, daß Hindenburg als Retter Schlesiens zu betrachten sei. Der Breslauer Historiker, Professor Dr. Ziekursch, hat dieses Gutachten überprüft und sich ihm angeschlossen. Das Gutachten war schon im vorigen Jahre angefordert worden, als Hindenburg nach Breslau kommen und ihm schon damals der Ehrenbürgerbrief überreicht werden sollte. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten und eines Hakenkreuzlers, der den Standpunkt vertrat, daß nicht Hindenburg, sondern Ludendorff zum Ehrenbürger ernannt werden müsse, mit einer Stimme Mehrheit angenommen.

Die Berliner Stadtverordneten beschließen den Bau von 8300 Wohnungen.

Berlin, 16. September. (Eig. Funkm.). Die Berliner Stadtverordnetenversammlung schloß sich in ihrer Donnerstagsitzung der Vorlage des Magistrats über den Bau von 8230 Wohnungen an. Die Beratungsstelle für Auslandsanleihen wird bei dem Bau ausgeschaltet.

Vor einem Streik bei der Berliner Straßenbahn?

Berlin, 16. September. (Eig. Funkm.). Die Funktionäre der drei Berliner Verkehrsbetriebe beschäftigten sich am Donnerstag in einer gut besuchten Versammlung mit der ihre Institutionen betreffenden Mantelbewegung. Der Sektionsleiter des Verkehrsbundes teilte zunächst mit, daß die Straßenbahner den für die Straßenbahn gefällten Schiedsspruch einstimmig ablehnen und die Sektionsleitung nach eingehender Beratung zu dem Entschluß gekommen sei, den Funktionären zu empfehlen, sie mit der Durchführung einer Urabstimmung bei der Straßenbahn über die Frage „Streik oder Arbeit" zu beauftragen. Die Sektionsleitung hat weiter beschlossen, vor dieser Urabstimmung nochmals an einem Tage zwei große Vollversammlungen für das gesamte Personal der Berliner Straßenbahn einzuberufen, in der den Straßenbahnern der Ernst der Situation nachdrücklich vor Augen geführt werden soll. Soweit dann das Abstimmungsergebnis vorliegt, sollen die Funktionäre die weiteren Kampfbeschlüsse fassen. Die Funktionäre erklären sich in einer längeren, sehr ernsten Debatte mit dem Vorschlag der Sektionsleitung einverstanden und vertraten ebenfalls einmütig die Auffassung, daß alle Vorbereitungen getroffen werden müssen, um die berechtigten Forderungen der Straßenbahner gegebenenfalls durch einen Streik durchzuführen.

4000 Leichen in Japan geborgen.

Berlin, 16. September. (Eig. Funkm.). Aus Japan wird gemeldet, daß in dem Unglücksgebiet bisher 4000 Leichen geborgen worden sind.

Weitere Todesurteile zu erwarten.

Riga, 16. September. (Eig. Funkm.). Von den Verhafteten und angeblichen Teilnehmern an dem letzten Putsch gegen die gegenwärtige Regierung dürften nach einer amtlichen Darstellung noch eine ganze Reihe zum Tode verurteilt werden. Es handelt sich im wesentlichen um Anhänger der Linksparteien. So sicher das Urteil auf Tod durch Erschießen lautet, so sicher ist auch die Hinrichtung der einzelnen Persönlichkeiten.

Isadora Duncan tödlich verunglückt.

Tragisches Ende der berühmten Tänzerin.

Isadora Duncan.

Die einst berühmte Tänzerin Isadora Duncan ist am Mittwoch abend in Nizza, wohin sie vor einem Monat von Paris übersiedelt war, einem eigenartigen Autounfall zum Opfer gefallen. Bei einer Probefahrt mit einem Auto, das die Tänzerin kaufen wollte, geriet das eine Ende ihres venezianischen Schales, den sie um den Hals geschlungen trug, während der Fahrt in eines der Hinterräder. Die Wirkung war furchtbar. Da sich das Schalende um das Rad aufwickelte, wurde Isadora Duncan regelrecht erdrosselt und gleichzeitig mit großer Wucht aus dem Wagen auf die Straße geschleudert, wo sie mit gebrochenem Genick liegen blieb. Die Tänzerin hat ein Alter von 55 Jahren erreicht. Die einst gefeierte Künstlerin ist in ihrem Leben vom Unglück viel verfolgt worden. Im Jahre 1913 rannte ein Automobil, in dem sich ihre beiden Kinder, ein Töchterchen von fünf und ein Sohn von drei Jahren befanden, bei Paris in die Seine. Die Mutter sah dem Unglück vom Hause aus zu. Im Juli 1914 wurde ihre Villa in einem Pariser Vorort vom Feuer zerstört. Während und nach dem Kriege lebte Isadora Duncan in Rußland, wo sie sich mit dem um viele Jahre jüngeren Dichter Jessenil verheiratete. Die Ehe war allerdings nur von kurzem Bestand. Der Dichter verließ die Tänzerin fluchtartig in Paris, kehrte nach Rußland zurück und beging dort im letzten Jahre in Moskau Selbstmord. Auch die Tänzerin unternahm daraufhin im Januar einen Selbstmordversuch, indem sie sich an der Reviera ins Meer stürzte. Sie wurde jedoch gerettet.

Eine üble Wette. In Hofgeismar bei Kassel gingen mehrere junge Leute eine Wette ein, bei der einer von ihnen sich verpflichtete, in einem Zug einen Liter Branntwein auszutrinken. Nachdem er etwa die Hälfte hinuntergestürzt hatte, sank er tot vom Stuhl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270917-10/fragment/page=0003

Geschäftseröffnung

Die geehrten Einwohner von Halberstadt und Umgegend erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß ich mit dem heutigen Tage neben meinem modern eingerichtet. Herren-Salon einen der Neuzeit entsprechend eingerichteten

Damen - Salon

eröffnet habe. — Auch fernerhin soll es mein Bestreben sein, nur saubere Arbeit bei billigster Preisberechnung zu liefern.

Hochachtungsvoll

Oskar Schrödter
Voigtei Nr. 16

Meiner werten Kundschaft zur Kenntnis, daß ich meinen

Damen-Salon
von Weingarten 18 nach
Lichtwerstraße 4, Hof,
verlegt habe.

Alma Köhler, Friseuse.

F.-C. „Germania 1900"
Zur Feier unseres
27. Stiftungsfestes
am Sonnabend, den 17. 9. 1927
im großen Saale des Stadtpark
laden wir alle Mitglieder ergebenst ein. Gäste, durch Mitglieder eingeführt, sind herzl. willkommen.
Saalöffnung 19 Uhr. Anfang 20 Uhr.
Der Vorstand.

Turn- u. Sportvereinigung Thale a. H.
Sonntag, den 18. September, von nachm. 4 Uhr ab, auf dem „Pfingstanger"
Werbe-Abend
bestehend aus Handballspiel, turnerische Vorführungen, Humorist, Hindernislauf, Fackelzug.
Nachdem Illuminations-Vorführungen.
Anschließend gemütliches Beisammensein in der Turnhalle. Hierzu laden wir Freunde u. Anhänger des Vereins freundlichst ein. Der Vorstand.

Mandolinenklub „Edelweiß"

Am Sonnabend, 17. Sept. 1927, abends 8 Uhr findet im Saal der „Harmonie" unser
Herbst-Vergnügen
verbunden mit einem
Mandolinen-Konzert
statt. Freunde und Liebhaber einer guten Volksmusik sind eingeladen
DER VORSTAND

Achtung Hausfrauen!
Empfehle täglich
fr. Milch, Landeier, Molkereibutter
Brat- und eingemachte Heringe
Edamer Käse, 40% Fettgehalt
zu billigen Preisen!
Petroleum stets vorrätig
Prima Kartoffeln 10 Pfd. 55 Pfg., bei Abnahme von ½ Ztr. entsprech. billiger.
Peterstlienstr. 1 (Eing. d. d. Haustür)

Empfehle
prima Kalbfleisch
zu billigsten Tagespreisen
ff. Knoblauchwurst und -Würstchen
à Pfd. 90 Pfg.
Adolf Sietz, Dominikanerstraße 22

Zur Likörbereitung
Weingeist 96%,
Essenzen f. Cognac, Arrac, Rum u. sämtl. Liköre
Drogerie Carl Baudorff Nachf. Inh.: G. Himmelreich
Hoheweg 6. Hoheweg 6.

Für den Herbst

Besonderes
in Qualität und Preiswürdigkeit!

Kleider- u. Mantelstoffe

Karierte Kleiderstoffe gute Qualität Meter . . . . . 1.95 — **1.10**
Popeline feinste Zwirnqualität, 106 cm breit, alle Modefarben, Meter — **4.40**
Kunstseiden gestreift, 140 cm breit, für Unterkleidung, alle Farb. vorrät, Mtr. — **3.90**
Mantelplausch 140 cm breit, schwere Qualität, einfarbig . . . . . Meter — **4.80**
Mantelstoffe 130 cm breit, flotte Karos Meter . . . . . 4.80 — **3.90**
Schlangenhaut letzte Neuheit. 140 cm breit Meter . . . . . — **11.75**
Ottoman und Fassones feinste Qualität, 130—140 cm breit . . . . . Meter 14.75 — **12.75**
Sport-Flausche 130 cm breit, moderne helle Karos . . . . . Meter — **3.90**

Samt u. Seidenstoffe

Waschsamt gute Qualität, alle neuen Farben, Meter . . . . . 2.40 — **1.95**
Seiden-Damastee für Mantel- und Kostümfutter Meter . . . . . 2.60 — **1.95**
Crep de chine reine Seide, großes Farbensortiment . . . . . Meter — **5.90**
Beloutine Wolle mit Seide 100 cm breit, elegante Kleider Meter . . . . . — **9.60**
Taffet für Stilkleider, schwarz und farbig, große Breite, Meter 5.50 — **3.90**
Seiden-Duchesse 85 cm breit neue Farben, hochglänzende Qualitäten . . . . . Meter — **6.50**
Mantel-Seiden schwere Winterqualität, entzückende Neuheiten . Meter — **11.75**
Kleider-Samt Lindener, Köperware, schwarz und farbig . . . . . Meter — **6.80**

Gardinen und Decken

Halbstores englisch Tüll oder Etamine . . . . . 3.90 — **2.90**
Madras-Garnituren 3teilig, echtfarbig, hübsche Must. . . . . 7.50 5.90 — **2.90**
Gardinen-Mull doppeltbreit, weiß und farbig gemustert . . . . . Meter 1.70 — **1.30**
Kunstseiden-Damast 130 cm breit für Dekorationen . . Meter — **4.90**
Steppdecken in allen Farben mit guter Füllung . . . . . 17.75 13.50 — **9.80**
Schlafdecken bunt, mit farbiger Kante . . . . . 4.75 2.95 — **1.95**
Schlafdecken weiß mit Kante . . . . . — **2.95**
Möbelstoffe 130 cm breit, Gobelinmuster . . . . . Meter — **1.45**

Ottoman-Mäntel mit Pelzbesatz, alle neuen Farben . . . . 45.00 — **27.50**
Herbst-Mäntel mit Pelzbesatz, aus engl. gemust. Stoffen . 58.00 — **24.50**
Tanz-Kleider Taffet u. Crepe de chine, schöne Ballfarben 24.50 16.75 — **12.75**

Damen-Filzhüte mit aparter Bandgarnitur 5.75 — **4.50**
Samt-Hüte fesche Formen, alle Modefarben . . . . . 4.95 — **3.95**
Kinder-Kappen und Hüte in allen Farben 3.75 — **2.75**

Pullover für Damen- und Herren in Riesenauswahl 5.75 3.90 — **2.90**
Damen- u. Herrenwesten und Westenjäckchen, gute Qualitäten . 10.75 8.75 — **6.90**
Kinder-Pullover und Westen alle Größen und Farben . . 3.60 — **2.95**

Pelzbesätze, die grosse Mode Felle, Kragen und Besatzstreifen in allen modernen Fell-Arten

Damen-Wäsche

Damen-Trägerhemd mit breiter Stickerei, gutes Wäschetuch . 1.95 — **1.35**
Damen-Taghemd Achselschluß, starkes Hemdentuch . . . . . 2.45 — **1.95**
Hemd-Beinkleid mit breiter Spitze, elegante Ausführung . 3.35 — **2.25**
Damen-Nachthemd reich garn. mit Klöppelspitze . . . . . 3.40 — **2.90**
Hemd-Beinkleid weiß und farbig, Windelform, gewirkt . . . . 2.25 — **1.25**
Damen-Schlüpfer warme Winter-Qualität, Seidentrikot, innen geraubt 3.45 — **1.85**
Damen-Unterkleider glatt u. gestreift, Seid.-trikot, große Farbenauswahl. 4.95 — **2.25**
Kinder-Schlüpfer warme Winterqualität, auch Seidentrikot, innen geraubt 2.25 1.95 — **1.10**

Herren-Artikel

Oberhemden gestreift oder kariert, mit Kragen . . . . . — **4.90**
Einfarbige Oberhemden aus seidenartig karierten Stoffen — **6.90**
Weiße Oberhemden mit Piquet- u. kariert. Einsatz 6.90 — **3.90**
Seidenbinder neue Herbstmuster . . . . . 1.65 — **0.95**
Normal-Hemden wollgemischt, mit Doppelbrust . . . . . 2.75 — **1.95**
Normal-Beinkleid wollgemischt, haltbare Qualität . . . . . 2.50 — **1.75**
Normal-Hemden mit gestreiftem Einsatz . . . 3.50 — **2.25**
Herren-Kragen moderne Formen, garantiert 4fach, Maco . . . . — **0.60**

Strümpfe und Handschuhe

Damen-Strümpfe schwarz und farbig, mit Doppelsohle und Hochferse . . . — **0.75**
Damen-Strümpfe Kunstseide, alle modernen Farben — **1.25**
Waschseidene Strümpfe alle Modefarben, Doppelsohle und Hochferse — **1.50**
Damen-Strümpfe Bemberg-Seide, schwarz und farbig . . . . . — **2.45**
Damen-Strümpfe prima Waschseide, alle Kleiderfarben . . . . . — **2.75**
Damen-Handschuhe guten Trikot . . . . . — **0.95**
Damen-Handschuhe imitiert Dänisch, mit farbigem Futter . . . . . 1.75 — **1.25**
Kavalier-Socken feinfarbig und kariert 0.75 — **0.50**
Sport-Stutzen gute Qualität . . . . . 2.50 — **1.25**

EBSTEIN

Das Haus der guten Qualitäten und der niedrigen Preise

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270917-10/fragment/page=0004

Beilage zur Harzer Volksstimme.

Nr. 217. Freitag, 16. September 1927. 2. Jahrgang.

Provinzial-Ausschuß-Sitzung in Schleusingen.

Am 13. und 14. September hat der Provinzial-Ausschuß in Schleusingen getagt. Der Sitzung kam in mehrfacher Beziehung besondere Bedeutung zu. Einmal wurde über die nach Artikel 86 der Preußischen Verfassung erforderliche Zustimmung zu der Ernennung des Oberpräsidenten der Provinz entschieden, worüber bereits berichtet wurde. Zum Anderen bekundete der Provinzial-Ausschuß durch seinen Besuch in der südlichen Exklave der Provinz das starke Zusammengehörigkeitsgefühl aller Provinzinsassen und das besondere Interesse des Provinzialverbandes für das landschaftlich und industriell so wertvolle Schleusingen-Suhler Land. Auf einem wohlgelungenen Begrüßungsabend, zu dem der Kreisausschuß Schleusingen eingeladen hatte und der die führenden Persönlichkeiten des Kreises mit den Abgeordneten und Verwaltungsbeamten zu eingehendem Gedankenaustausch vereinigte, kam der Gedanke der festen Zugehörigkeit Schleusingens zur Provinz Sachsen und zu Preußen, unbeschadet alles thüringischen Heimatgefühls, in den Wechselreden harmonisch und lebhaft zum Ausdruck. Endlich wurde das Provinzialkurheim eingehend besichtigt und über seine Tätigkeit beraten.

Die sachlichen Beratungen begannen am Dienstag nachmittag im Rathaus von Schleusingen. Nach der Ferienpause des Ausschusses war eine recht umfangreiche Tagesordnung zu erledigen.

Vor einiger Zeit hat sich der Kommunalverband der Altmark aufgelöst. Er hatte dabei sein Krankenhaus dem Johanniterorden, seine Sparkasse mehreren Kreisen der Altmark übergeben. Die Staatsregierung hatte angeregt, daß die Provinz die Rechtsnachfolgerschaft des Kommunalverbandes der Altmark übernimmt, wie es schon früher bei Auflösung ähnlicher Körperschaften geschehen ist. Lasten entstehen dadurch für die Provinz nicht. Der Provinzial-Ausschuß beschloß demgemäß, den Provinzialverband zum Gesamtrechtsnachfolger zu bestimmen.

Ein Antrag auf Uebernahme der Verwaltung der Wasserläufe zweiter und dritter Ordnung in die Regie der Provinz wurde eingehend besprochen. Eine gesetzliche Grundlage dafür besteht nicht; es konnte ihm deshalb nicht stattgegeben werden, doch kam das große Interesse an der notwendigen und durchgreifenden Regulierung des Flußsystems lebhaft zum Ausdruck; auch wurde die Vorlage einer Uebersicht über die Hochwasserschäden gefordert.

Für ein Darlehen der Merseburger Ueberlandbahnen A.-G. in Ammendorf in Höhe von 500 000 Goldmark, das für Erweiterungsbauten (Ammendorf-Döllnitz) benötigt wird, wurde auf Grund eines Provinziallandtags-Beschlusses die selbstschuldnerische Bürgschaft übernommen.

Für besonders dringende Wegebauarbeiten, die keinen Aufschub dulden, wurden schon jetzt aus den haushaltsplanmäßigen Mitteln mehrere Beträge bewilligt. So für die Landgemeinde Frohse (Kreis Calbe) 4450 RM., für die Landgemeinden im Kreise Delitzsch Battaune, Mörtitz und Wöllnau je 6000, 5500 u. 5000 RM.

Für die Abrechnung der Historischen Kommission, die im vergangenen Jahre durch Herausgabe von Geschichtsquellen, des Jahrbuchs Sachsen-Anhalt und der „Mitteldeutschen Lebensbilder" wieder reiche Arbeit geleistet hat, wurde Entlastung erteilt.

Der Provinzial-Ausschuß befaßte sich sodann auf Grund einiger Anträge mit der Frage einer systematischen Klarstellung der Grundwasserverhältnisse sowie mit der Berichtigung der teilweise sehr veralteten Meßtischblätter. Es wurde beschlossen, mit der Wasserwirtschaftlichen Gesellschaft in Verbindung zu treten und bei dem Reichsamt für Landesaufnahme die beschleunigte Berichtigung der Meßtischblätter, insbesondere der Industriegebiete, nachzusuchen.

Am Mittwoch früh besichtigte der Ausschuß das Provinzial-Kurheim, dessen neuzeitliche Einrichtungen volles Interesse fanden, und setzte darauf seine Beratungen fort. — U. a. war der Fonds für Zwecke der Volksbildung zu verteilen. Aus diesem Fonds waren 5000 RM für allgemeine Zwecke der Volksbildung und 3000 RM. zur Gewährung von Unterstützungen für den Besuch der Wirtschaftsschule bei der Universität Halle bestimmt. Der Plan dieser Wirtschaftsschule ist noch nicht durchgeführt. Andererseits hatte die Akademie der Arbeit (Universität Frankfurt a. Main) und die Staatliche Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin um Beihilfen zum Studium provinzial-sächsischer Arbeiter gebeten. Es wurden für solche Arbeiter, Angestellte usw., die in der Provinz Sachsen Wohnsitz und Arbeitsstätte haben, der Akademie der Arbeit in Frankfurt 1500 RM, der Staatlichen Fachschule für Wirtschaft (Berlin) der gleiche Betrag bewilligt. Der Volkshochschulverband Sachsen-Anhalt erhielt 1500 RM., die Bezirkswirtschaftsschule Sachsen-Anhalt des Allgemeine Deutschen Gewerkschaftsbundes 2000 RM. und der Also für Bildungszwecke 1500 RM.

Die Stadt Suhl erhielt zum Ausbau der ehemaligen Mühltorschule für soziale Zwecke eine Beihilfe von 2000 RM. mit Rücksicht auf die schwierige Exklavenlage der Stadt.

Mehr und mehr hat sich die Heimerziehung psychopathischer Kinder als notwendig erwiesen. Die Fürsorgeverbände kommen oft durch die Tatsache in Schwierigkeiten, daß sie keine geeigneten Pflegestellen für derartige Kinder finden. Der Provinzialverein für psychopathische Kinder beabsichtigt die Gründung eines Heims, dessen Schaffung für die soziale Arbeit der Provinz von größter Bedeutung ist. Im Sinne vorbeugender Fürsorge für diese Kinder, die wohl das Hauptkontingent der Fürsorgezöglinge stellen, wurde dem Provinzialverein ein zinsloses Darlehn bewilligt.

Für die Landesheilanstalt Pfaffenrode wurde dem Ankauf eines Grundstückes, das Grundstückserweiterungsmöglichkeiten bietet, zugestimmt.

Das Landesbauamt Halberstadt hat noch kein eigenes Dienstgebäude. Der Ausschuß stimmte dem Ankauf eines geeigneten Hauses zu.

Der Deichbruch an der Schwarzen Elster bei Mückenberg im Juli d. Js. hat großen Schaden verursacht. Zur Linderung der ersten Not hat die Staatsregierung 40 000 RM. zur Verfügung gestellt. Nach den Richtlinien des 39. Landtages (1925) beteiligt sich in solchen Fällen die Provinz mit einer Summe in der gleichen Höhe. Der Ausschuß beschloß, sich demgemäß an der Notstandsaktion mit 40 000 Reichsmark zu beteiligen.

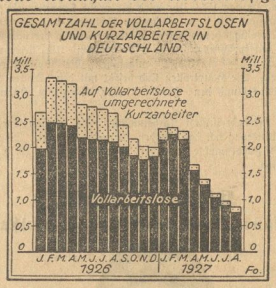
Als stellvertretender Direktor der Landesheilanstalt Pfaffenrode wurde der Oberarzt Dr. Metz angestellt. — Als Mitglied für die Spruchkammer beim Landeskulturamt Merseburg wurde der Landwirt Schinke in Niegripp wiedergewählt; zu seinem Stellvertreter wurde der Landwirt Wagenschein in Schlettau bestimmt.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 19. Oktober in Merseburg statt.

Wernigeröder Angelegenheiten.

Wernigerode, 16. September.

Starke Abnahme der Arbeitslosigkeit.



Unsere Tabelle zeigt die günstige Entwicklung des Arbeitsmarktes seit Beginn des Jahres 1926. Die Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit gehen erfreulicherweise zurück. Nur in den drei Wintermonaten war eine Zunahme des Arbeitsmangels zu verzeichnen.

* **Wichtig für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.** Das Finanzamt schreibt uns: Obgleich schon vielfach darauf hingewiesen und auch seit Jahren auf der Steuerkarte vermerkt ist, daß jeder Arbeitnehmer nach § 34 der Steuerabzugsdurchführungsbestimmungen verpflichtet ist, seine Steuerkarte dem Arbeitgeber bei Beginn des Kalenderjahres, für das die Steuerkarte ausgestellt ist, oder bei Beginn des Dienstverhältnisses auszuhändigen, wird doch noch immer hiergegen verstoßen. Solange die Aushändigung der Steuerkarte nicht an ihn erfolgt ist, muß der Arbeitgeber vom vollen Lohnbetrag 10 v. H. ohne jede Ermäßigung als Steuer einbehalten. Beispiel: Arbeitnehmer verheiratet, 2 Kinder unter 18 Jahren, Steuerkarte an den Arbeitgeber nicht abgeliefert. Wochenverdienst 35 ℳ, Steuerabzug 3.50 ℳ, Monatsverdienst 200 Mark, Steuerabzug 20 Mk. Erstattung von solchen Beträgen ist nicht zulässig. Vom Arbeitgeber oder seinem mit der Vornahme des Steuerabzuges Beauftragten wird vorstehende Bestimmung häufig nicht beachtet. Wird vom Finanzamt festgestellt, daß die Steuerkarte nicht vorliegt oder vorgelegen hat, so wird der Unterschied nachträglich eingezogen. Der Arbeitgeber haftet für dessen Ablieferung an die Finanzkasse und macht sich außerdem noch strafbar. Um Unannehmlichkeiten für Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu vermeiden, ist es geboten, schon bei der ersten Lohnzahlung volle 10 v. H. als Steuerabzug einzubehalten, wenn die Steuerkarte nicht vorliegt. Der Arbeitnehmer wird hierdurch gezwungen, sich eine Steuerkarte zu beschaffen. Jeder Arbeitnehmer, der wöchentlich mehr als 25 Mk., monatlich mehr als 100 Mk. Verdienst hat, muß dem Arbeitgeber eine Steuerkarte aushändigen, die von der Gemeindebehörde anzufordern ist, falls der Arbeitnehmer eine solche nicht erhalten hat. Nur für Arbeitnehmer, die regelmäßig unter 25 ℳ wöchentlich und unter 100 ℳ monatlich Verdienst haben (Dienstmädchen, Lehrlinge usw.) wird von der Ausfertigung von Steuerkarten abgesehen. Von solchen Arbeitnehmern braucht die Steuerkarte nicht gefordert zu werden und beim Arbeitgeber nicht vorzuliegen.

* **Vorsicht gegen Gefrierfleischeinfuhr aus dem Osten.** In verschiedenen östlichen Ländern sind Bestrebungen im Gange, Gefrieranlagen zu bauen in der Absicht, Gefrierfleisch zu exportieren. Ein großes Kühlhaus im Odessaer Hafen geht bereits seiner Vollendung entgegen. Damit ist die Möglichkeit einer Einfuhr von Gefrierfleisch aus den östlichen Ländern auch nach Deutschland gegeben. Durch Erlaß vom 27. März 1927 ist die Einfuhr von Gefrierfleisch aller Schlachttierarten aus den östlichen und südöstlichen Staaten verboten. Es besteht jedoch, wie der Amtliche Preußische Pressedienst einem Runderlaß des Landwirtschaftsministers an die Regierungspräsidenten entnimmt, die Möglichkeit, daß das Gefrierfleisch aus den Oststaaten über andere Länder, aus denen die Einfuhr von Gefrierfleisch nicht verboten ist, eingeführt wird. Wenn das Gefrierfleisch in den Ostländern in gleicher Weise verpackt wurde, wie dies jetzt in den Ueberseeländern üblich ist, dürfte es vorkommen können, daß bei nicht genügender Aufmerksamkeit der Auslandsfleischbeschaustellen solches Fleisch zur Einfuhr gelangt. Da die Begleitpapiere nicht immer die Herkunft des Gefrierfleisches einwandfrei erkennen lassen, ist es notwendig, daß bei allen Sendungen von Gefrierfleisch auf dessen Herkunft, die an der Stempelung oder sonstiger Kennzeichnung zu erkennen ist, sorgsam geachtet wird. Die Auslandsfleischbeschaustellen sollen deshalb bei der Einfuhr von Gefrierfleisch besondere Aufmerksamkeit anwenden.

* **Uebertragbare Krankheiten.** Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, sind in der Zeit vom 3.—30. Juli d. Js. die folgenden Fälle von übertragbaren Krankheiten in Preußen amtlich gemeldet worden. Diphtherie 1529 (53 Todesfälle), übertragbare Genickstarre 40 (22), Kindbettfieber nach regelrechter oder nach Frühgeburt 225 (44), nach Fehlgeburt 96 (41), spinale Kinderlähmung 61 (12), Körnerkrankheit 137 (—), Lungen- und Kehlkopftuberkulose 3998 (1797), Milzbrand 1 (—), übertragbare Ruhr 204 (7), Scharlach 3893 (39), Unterleibstyphus 559 (47), Paratyphus 251 (8), Fleisch-, Fisch- und Wurstvergiftung 203 (2), Bißverletzungen durch tollwutverdächtige Tiere 12 (—), epidemische Encephalitis 30 (8).

Werbt unablässig für Eure Zeitung!

Der Maurerstudent.

Roman von Erdmann Graeser.

37. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Woll — woll, janz tot war sie woll noch nich, obschon se wie 'ne Tote aussah, als sie ihr auf die Tragbahre legten."

„In welchem Krankenhause ist sie?"

„Na — in det katholische — se is doch katholisch! Aber ick weeß et nich jenau — uff die Unfallstation werden sie et Ihnen schon sagen können . . ."

Die Alte brabbelte weiter — aber Willy, schon draußen, stürmte, so wie er war, nach der Unfallstation. Gott sei Dank, man erinnerte sich noch des Falles, konnte ihm sofort Bescheid geben. Er lief zurück, holte sein Rad, sauste davon.

Und dann stand er in der Riedermallstraße, im Vorraum des Krankenhauses, und hörte, was ihm die Schwester mit dem wachsbleichen Gesicht sagte, nachdem sie bei der Stationsschwester Erkundigungen eingezogen.

„Ja — die Patientin lebt, ist aber sehr schwach nach dem Blutverlust. Der Arzt fürchtet, daß Blutvergiftung hinzukommen könnte — ich sage es Ihnen, denn der Zustand ist sehr bedenklich. Vorlassen können wir Sie jetzt nicht, sie liegt mit andern zusammen, die schon schlafen — kommen Sie morgen zur Besuchszeit!"

„Schwester — wollen Sie ihr dann wenigstens — wenn möglich, heute noch — sagen lassen, daß ich da war — sie — ist — ja — meine Braut!"

Willy schluchzte laut auf.

„Gewiß — wenn es irgend möglich ist — ich werd's der Pflegeschwester sofort hinaussagen."

„Hier — meine Adresse. Wir beide sind ja ganz allein in der Welt, wenn ich notwendig sein sollte, geben Sie mir doch Nachricht!"

Die dunklen Augen in dem wachsbleichen Gesicht waren starr auf ihn gerichtet. „Warum hast du es erst so weit kommen lassen?" schienen sie zu fragen. Aber die blassen Lippen sprachen: „Gewiß doch!" Ihr Blick suchte den Gekreuzigten an der Wand. — — —

Draußen war das Leben der großen Stadt — wie ein Ameisengewühl mutete es Willy an. Wenn einer ausschied, zusammenbrach, was kümmerte es die andern! Jeder hatte mit dem, was ihn gerade erfüllte, genug zu tun, war es auch nur ein Schuhkauf.

Alle — jeder einzelne — waren einsam — in diesem Ameisenhaufen. Man wußte es nur nicht. Wer nicht sein Genüge in sich selbst fand und sich selbst half, mußte bitter leiden.

Und während Willy dies dachte — jetzt auf dem Wege zum Bauplatz, zu Stickert, dem einzigen Menschen, nach dem er sich heute sehnte, drängte sich ihm die Erkenntnis auf: „Es hat keinen Sinn, sich um die anderen zu kümmern, Rücksicht auf sie zu nehmen, denn ihre Stellungnahme zu dir ist ganz wertlos für dein Leben. So — wie du deine Existenz gestaltet, finden sie sich mit dir ab — im Guten und im Schlechten. Tu also nichts mit Rücksicht auf andere — weder ihre Anerkennung noch ihre Verachtung haben etwas zu bedeuten . . ."

Er erkannte weiter, daß das, was ihn von Lizzie geschieden, nur eine heimliche, unbewußte Rücksichtnahme auf die sogenannten Moralanschauungen der Gesellschaft gewesen war. „Aber nur nach mir selbst habe ich doch zu entscheiden! Ich liebe Lizzie — das fühle ich jetzt — und sie liebt mich, sonst hätte sie nicht an ihrem Lebensglück verzweifelt, als sie glaubte, mich verloren zu haben. Nun aber kommt alles darauf an, daß wir beide — einsam, wie wir sind — nur unser menschliches Empfinden zueinander sprechen lassen und nur nach diesem handeln. Hat sie einen andern vor mir so geliebt, daß sie in den Tod gehen wollte, als sie ihm nicht gehören konnte? Keinen! So hat sie mir also ihr tiefstes und bestes Empfinden gegeben, sie hat gefühlt, daß sie das keinem andern mehr zu geben vermöchte, daß sie alles verlöre, wenn sie diese Empfindungen nicht betätigen könnte — was trennt uns denn dann — sie gibt mir doch das, was keinem gehört hat und was sie keinem andern geben kann! Warum sonst diese Verzweiflungstat? Armes Mädchen — was mußt du da gestern in deiner Einsamkeit durchgekämpft haben! Vielleicht hast du mir auch unser Zeichen gegeben — aber ich war ja nicht zu Haus! Hätte ich nur auf mein Herz gehört und wäre gleich zu dir gegangen, als ich heimkam — aber ich hatte mich versteckt und habe dadurch schwere Schuld auf mich geladen!" —

Das Rad sauste dahin — nun war er am Ziel. Ein Weilchen später saß er in der Baubude, hatte erzählt, was sich zugetragen.

„Die Hauptsache, det Lizzie am Leben bleibt!" sagte Stickert. „Nee — hat ja keenen Zweck, Muttern zu benachrichtigen, — se kann doch nischt machen — bloß Lamento — Tatsache! Ick an Ihre Stelle würde morgen überhaupt nich uff'n Bau kommen. Steck'n Se doch janz einfach nachher 'n Zettel in'n Kasten ans Büro, det Se wejen Familienanjelejenheiten verhindert sind. Na — Tatsache!"

Stickert hatte sich seine Pfeife angezündet, nun, als er sich setzte, sprang Zitzerlitze, die jede Bewegung aufmerksam verfolgt, in seinen Schoß, krümmte sich dort zusammen und kuschelte sich behaglich ein.

„Ja — Kommilitone — det Leben is janz anders, wie man sich's immer denkt. Een Unjlück, det man eine Vorstellung von's Leben hat — aber diese janze Vorstellung is bloß en Katzendreck wert. Det Leben läßt sich nich nach unse Vorstellung uffbauen. Wenn man denkt, nu soll's jejinnen, is's oft schon vorbei! Nie nich wird's mit unse Vorstellungen übereinstimmen, erst, wenn es zu spät is, merkt man, wat unser Leben war — Tatsache! Det jetz is vielleicht Ihr wertvollstes Leben — jlooben Sie mir man!"

„Ach, lieber Stickert, diese Angst in mir!"

„Kenn ick! Erst wenn man sein Jeschick nich mehr selbst in die Hand hat, wenn man merkt, det eene höhre Jewalt über einen sitzt, wie zum Beispiel der Tod — denn kriejt man diese Angst! Denn wird unser Menschlichstes locker, denn kommt man zu sich selbst, denn is man bereit, aus seine schönsten und tiefsten Empfindungen zu handeln. Doch denn is's mehrstenteels zu spät! Aber, Kommilitone, vielleicht sollte es so sind, vielleicht mußten Sie erst det durchmachen, um zu Ihr eijenet Menschentum zu jelangen. Ick weeß es nich! Aber wir haben ja mal bei die Konfirmation eenen Schwur getan, vielleicht war det doch keen Mumpitz, wie wir nachher oft jedacht, vielleicht jibt's doch eene Macht, die uns läutern will — wer kann det allet wissen — ick nich, Tatsache!"

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270917-10/fragment/page=0005

— (Ministerbesuch in Wernigerode.) Angemeldet durch den Standortältesten Oberst von Brauchitsch ist im Hotel „Gothisches Haus" für die Nacht vom 28. zum 29. September als Gast der Herr Reichswehrminister Geßler. In seiner Begleitung befinden sich die Herren Oberstleutnant Schellbach und Major Dräger. Reichswehrminister Geßler kommt aus dem Manövergelände, wird sich in unserer Stadt einen Tag aufhalten, um dann direkt nach Berlin weiterzureisen. — So meldet die bürgerliche Presse am 15. d. Mts. Alle republikanisch gesinnten Kreise erwarten nun, daß am „Gothischen Haus" zu Ehren des Reichswehrministers auch die „schwarz-rot-goldene Reichsflagge gezeigt wird". Das „Gothische Haus", das seine Entwicklung (auch wieder nach derselben Presse in Nr. 216), den Landholzjuhrleuten verdankt, wird sich seiner plebejischen Herkunft an solchen Tagen hoffentlich nicht schämen und die Flagge des „Volkes" entrollen.

— **Von der Weltreise zurückgekehrt** sind die zwei Jungens L. und H., von denen wir berichtet haben. Die andern beiden Sch. und L. haben die Reise nach Konstanz am Bodensee weiter fortgesetzt. Eine Portion ungebrannter Asche dürfte für solche Ausreißer das beste Rezept sein.

— **Ein Sonderfall** gibt uns Veranlassung, alle Hundebesitzer zu warnen, ihre Hunde allein und unter Aufsicht von Kinder zulassen. Besonders dann, wenn diese Hunde bissig sind. Am Mittwoch nachmittag hatte sich eine größere Menschenansammlung gebildet, weil in einem Hause am Nikolaiplatz ein solcher Hund einen neunjährigen Jungen mindestens zwanzig Bißwunden beigebracht hatte. Dieser Vorfall mag zur Warnung dienen. Es wird in solchen Fällen auch strafrechtlich gegen solche Besitzer eingeschritten.

— **Schloß-Lichtspiele.** Freitag bis Montag zeigen die Schloß-Lichtspiele wiederum 2 Großfilme der Paramount von ganz besonderer Güte. Lon Chaney, der Meister der Maske (Glöckner von Notre Dame) spielt in dem Film „Der Narr und sein Kind" nach der preisgekrönten Erzählung von Selma Lagerlöf den „Kaiser von Portugallien". Es ist ein Film von Menschlichkeit, Tragik und Sühne von außerordentlichen Scenen, die einem noch lange nachgehen und an die man immer wieder denkt. Er ist reich an Spannungen, an dramatischen Steigerungen, an raffiniert zugespitzten Einzelmomenten und ist von der Zentralstelle für Kunst und Wissenschaft als „künstlerisch" anerkannt. „Durchlaucht macht eine Anleihe" ist eine Lachsensation großen Stils. Adolph Menjou in der Rolle — als ich noch Prinz war von Modanien — ist köstlich und reizt die Lachmuskeln vom ersten Bilde bis zum Schluß des Films. Als Beihilfe laufen ein packender Kulturfilm „Sartes Brot" und die immer gern gesehene Deulig-Woche. Ein ganz vorzügliches und hervorragendes Programm.

* **Die neuen Fünfzigpfennig-Stücke** werden seit gestern von den Kassen der Reichsbank ausgegeben. Sie sind aus Nickel und etwas kleiner als die Zehnpfennigstücke. Die Dicke ist die gleiche und auch der Rand ist wie bei den Zehnpfennigstücken geriffelt. Die Vorderseite trägt in der Mitte den Reichsadler und die Umschrift „Deutsches Reich 1927", die aber nur die obere Hälfte der Umrahmung ausfüllt. Die andere Hälfte trägt zwei im Stiel gekreuzte Eichenzweige. Die Rückseite zeigt in der Mitte auf einem strahlenförmig vom Mittelpunkt aus geteilten Feld eine erhabene „50" mit vertiefter Mittellinie und darunter die Umschrift „Reichspfennig", sowie darüber in der Umrahmung zwei oben zusammenlaufende Eichenzweige. Die Münze ist hübsch und handlich, kann aber nach dem Gefühl nicht leicht von einem Zehnpfennigstück unterschieden werden.

— **Wernigeröder Tonkünstler-Orchester.** Wir werden um Aufnahme folgender Notiz gebeten: Entgegen Gerüchten von einer Auflösung des Orchesters wird der Oeffentlichkeit mitgeteilt, daß das Orchester unter Kapellmeister Ostermeyer als Dauererscheinung anzusehen ist. Die außerordentlichen künstlerischen Erfolge unseres, von der Stadt subventionierten Orchesters in Wernigerode, Ilsenburg und Schierke, haben den endgültigen Beweis der Lebensfähigkeit des Ostermeyerschen Orchesters erbracht. Die sämtlichen Orchestermitglieder, mit Ausnahme einiger Sommermitglieder, verbleiben als Stamm im Orchester, das im Winter nicht nur Vereins- und Kleingeschäfte, sondern auch große Konzerte spielen wird. Herr Kapellmeister Ostermeyer und die fest zusammengeschlossene Musikerschaft werden dafür sorgen, daß ihre Solidarität die Stabilität der hiesigen Musikverhältnisse garantiert. Wir freuen uns, daß endlich das erreicht ist, was Wernigerode seit langer Zeit gefehlt hat: Das dauernde Bestehen eines guten, künstlerisch anerkannten Orchesters. Alle gegen das Orchester gerichteten Ausstreuungen sind zu durchsichtig, als daß man ihnen Glauben schenken könnte.

— **Ueberfahren.** Ein Berliner Auto hat am Mittwoch mittag einen 6jährigen Jungen vor dem Neustädter Hof überfahren. Festgestellt ist durch Augenzeugen, daß der Wagenlenker keine Schuld trifft. Es kann den Eltern nicht dringend genug anempfohlen werden, mehr auf die Kinder zu achten. Bei dieser Gelegenheit muß, auch gegen das Ueberhandnehmen des Fahrens mit Trittrollern Stellung genommen werden. Während in diesem Fall der Autolenker sein Augenmerk auf zwei mit Trittrollern fahrende Jungen lenkte, die die große Bergstraße herunter gesaust kamen, ist von der Gegenseite der andere Junge, Sohn eines in der Ringstraße wohnenden Bildhauers direkt ins Auto gelaufen.

— **Auto-Rundfahrt.** Am Sonnabend früh um 7.30 Uhr fährt das Gesellschaftsauto vom Nikolaiplatz ab in den Oberharz. Berühmt werden folgende interessante Orte: Wernigerode—Braunlage—Clausthal—Hahnenklee—Goslar—Wernigerode. Preis 10 ℳ. Der Oberharz mit seinen Bergstädtchen, unzähligen Teichen, dunklen Wäldern und großen Wiesenhängen zeigt einzigartige Bilder. Die Fülle der prachtvollen Eindrücke erfährt einen befriedigenden Abschluß durch den Besuch des 1000jährigen Goslar.

— **Kurtheater.** Zu Gunsten der Mitglieder des Kurtheaters ging am Mittwoch abend das hier schon einmal gezeigte Lustspiel von Wentzel „360 Frauen" über die Bretter. Ob nun die Leere oder die Kühle des Saales auf die Darsteller eingewirkt hat? Uns erschien die Agnes von Hanne Zschegge reichlich zerstreut. Der Wolfgang von Heinz Klinck war besser. Friedel Brücker und Erna Rechow gaben ihren Rollen als Lotte und Annette ein gutes Gepräge. Die Rolle eines gutmütigen unter allen Umständen alles ins Geleis" bringenden Rechtsanwalts gab Gustav Stelter, der auch die Regie des Stückes hatte, mit Eleganz. Der lebhafte Beifall und die Blumenspenden gaben der Freude und dem Druck der Anwesenden Ausdruck. Damit schloß die Sommersaison des Kurtheaters. Wir wünschen allen Darstellern ein gutes Winterengagement. Hoffentlich wird im nächsten Jahr unser Kurtheater wieder einen solchen Leiter wie Rudolf Hartig haben.

— **„Recht sonderbare Praktiken."** Der Volksfeuerbestattungsverein schreibt uns: In Nr. 215 der „Harzer Volksstimme" vom 14. September 1927, ist bei Wernigeröder Angelegenheiten unter der Kennmarke „Recht sonderbare Praktiken" ein Artikel veröffentlicht, der die Geschäftsführung des Volks-Feuerbestattungs-Verein in Wernigerode beschuldigt, gesetz- und satzungswidrig die Angehörigen der Arbeiterschaft fortlaufend anders zu behandeln als die Angehörigen anderer Stände. Diese Darstellung ist unrichtig und entspricht nicht den aktenmäßig beweisbaren Tatsachen. Es handelt sich bei den kritisierten beiden Fällen um folgende Tatsachen: Satzungsgemäß erfolgt die Uebernahme der Bestattung nicht nach einer Woche Mitgliedschaft, sondern nach einem Monat und zwar mit dann, wenn schriftlich bei der Aufnahme das Mitglied wahrheitsgemäß erklärt hat: „Ich beantrage hiermit meinen Beitritt zum Volks-Feuerbestattungs-Verein und erkläre, daß ich zurzeit der Aufnahme körperlich und geistig gesund bin." In dem einen Fall hatte der Verstorbene A. S. diese Versicherung abgegeben, obgleich er 100 Prozent erwerbsbeschränkt in ärztlicher Behandlung stand. Er ist nach kaum einmonatiger Mitgliedschaft an einer schweren Zuckerkrankheit, Betäubung und Herzschwäche gestorben. Da demnach nach den getroffenen Feststellungen eine wahrheitswidrige Versicherung des Verstorbenen nachweisbar vorlag, konnte die Bestattung vom Verein satzungsgemäß nicht übernommen werden, wie dieses der Witwe in einem höfl. gehaltenem Schreiben mitgeteilt ist. Eine Rückzahlung an Beiträgen ist in den Versicherungsbedingungen die der Genehmigung des Reichsaufsichtsamtes bedarf, geregelt. Bei dem zum Vergleich herangezogenen zweiten Fall war der Verstorbene fast 4 Monate Mitglied und war bei Erwerb der Mitgliedschaft nicht im Besitz der Kenntnis an einer 3 Monate später auftretenden Krankheit, an der er verstarb. Er war vorher auch nicht in ärztl. Behandlung. Er starb an einem Krebsleiden, deren Feststellung bekanntlich häufig erst dann erfolgt, wenn keine Rettung mehr möglich ist. Das Mitglied hatte daher nicht wider besseres Wissen, wie im ersten Fall eine Versicherung abgegeben und war satzungsgemäß kostenlos zu bestatten. Die Geschäftsführung ist an die Satzungen zufolge seiner Reichsaufsicht gebunden und handelt demnach ohne Ansehen der Person. Die Verweigerung der kostenlosen Bestattung des genannten A. S. ist übrigens der einzige Fall, der bisher in der Praxis in Wernigerode vorgekommen ist. Es ist daher unwahr, daß einmal die Mitglieder nach dem Grad ihres gesellschaftlichen Standes behandelt, und ein anderes Mal unwahr, daß derartige Fälle an der Tagesordnung seien. Soweit die Zuschrift des Volks-Feuerbestattungsvereins. Es bleibt wohl die Frage noch zu klären: war es der Geschäftsstelle bei der Aufnahme nicht bekannt, daß der verstorbene S. 100 Prozent erwerbsbeschränkt war?

Aus Halberstadt.

* **Warnung vor einem Betrüger.** Zu einem hiesigen Geschäftsmann kam ein junger Mann und ersuchte ihn, in dem neuen „Adreßbuch für Handel und Gewerbe" ein Inserat aufzugeben. Der Geschäftsinhaber kam dem auch nach und bezahlte für das Inserat gleich 12.— Mark. Als später ein Besucher desselben Berliner Verlages wieder bei ihm vorsprach, wandte er sich direkt an den Verlag und mußte nun erfahren, daß er einem Schwindler in die Hände gefallen war, der das vorgelegte Probeexemplar des Buches sich widerrechtlich angeeignet hat. Der Schwindler wird auch andere Geschäftsleute geschädigt haben. Alle Geschädigten werden aufgefordert, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

* **Stadttheater.** Freitag, abends 20 Uhr, gelangt Adams reizende komische Oper „König für einen Tag" zur Aufführung. Sonnabend, abends 20 Uhr, geht zum ersten Male das überall mit großem Erfolg aufgenommene Lustspiel „Die Papiermühle" von Georg Kaiser in Szene. Der Autor entwickelt in diesem Werke einen fein zugespitzten Dialog und eine von Szene zu Szene sich steigernde Situationskomik. Die Inszenierung hat Herr von Achenbach. In den Hauptrollen sind beschäftigt Frl. Michalsky, die Herren Müller, Meyer-Ottens, Salzer. Sonntag nachmittag 15½ Uhr wird der große Operettenerfolg „Die Zirkusprinzessin" mit ihren zündenden Schlagern und Tänzen wiederholt. Sonntag, abends 19½ Uhr wird erstmalig der von Arnold und Bach mit sprühender Laune und witzigen Einfällen verfaßte Schwank „Furra — ein Junge" aufgeführt. Die Spielleitung hat Herr Honna. Die Hauptrollen sind besetzt mit den Damen Hirzel, Brinken, Meckel und den Herren Riesler, Burgham, Honna und Krüger.

J. R. **Freibade-Anstalt Farbenmühle.** Die eingetretene, ungünstige Witterung hat das Baden vorzeitig beendet. Die Badeanstalt h. d. Farbenmühle ist deshalb vom Montag, den 19. d. Mts., ab geschlossen.

Kleine Chronik.

Klaus Mann fährt nach Amerika.

Klaus Mann,

der Sohn des Dichters Thomas Mann, Neffe des Dichters Heinrich Mann und Schwiegersohn des Dichters Frank Wedekind, ist schon selbst bekannt genug, um zu einer Vortragsreise nach Amerika eingeladen zu werden. Der junge Dichter schifft sich in den nächsten Tagen nach Newyork ein und wird in den meisten großen amerikanischen Städten aus eigenen Werken vorlesen.

Kasperle als Gesundheitslehrer. Vor 200 Schülerinnen aller Altersklassen ist in einer Berliner Gemeindeschule kürzlich der Versuch gemacht worden, durch Vorführung eines Kasperle-Theaterstückes bei den Kindern Interesse für hygienische Fragen wachzurufen. Das zur Aufführung gebrachte Theaterstück behandelte in dramatisch-humoristischer Form Fragen der Gesundheitspflege: Kasperle unterweist als Gehilfe und Vertreter eines Arztes in dessen ärztlicher Sprechstunde die Kranken und belehrt sie über die Möglichkeit der Krankheitsverhütung. Durch eingestreute Fragen Kasperles an die kleinen Zuschauer wurden diese gleichsam zum Mitgehen und Mitspielen gezwungen. Das Verständnis des Gehörten wurde in den Pausen durch Fragen von Seiten der Lehrer geprüft und dabei ein ausgezeichnetes Resultat erzielt. Der Erfolg des Ganzen war durchschlagend, und es ist zu hoffen, daß dieser neue Weg der Vermittlung hygienischen Wissens durch weiteren Ausbau und weitere Verbreitung bald reiche Früchte tragen wird.

Ein Prozeß hinter Stacheldraht. In Soeul (Japan) begann ein Prozeß gegen 95 koreanische und japanische Kommunisten, die wegen einer Verschwörung gegen [illegible] Ordnung angeklagt sind. Um Kommunistenunr[illegible], sind schärfste Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Das Gericht ist von einem Stacheldrahtzaun umgeben.

Eisenbahnunglück in Italien. „Popolo di Roma" berichtet: Mittwoch gegen halb 1 Uhr entgleiste der Schnellzug Rom—Mailand in der Nähe von Bologna bei der Durchfahrt durch eine kleine Station. Die elektrische Maschine, der Gepäckwagen und zwei Personenwagen sind umgestürzt. Eine Reihe von Personen wurde verletzt. Getötet wurde niemand. Nähere Einzelheiten fehlen noch. Von Bologna wurde sofort ein Hilfszug entsandt.

Familientragödie in Oberschlesien. Im Verlauf einer erregten Aussprache über eine Erbschaftsangelegenheit tötete in Bujakow (Ost-Oberschlesien) der 36jährige Rosek seinen Vater und seinen jüngeren Bruder durch mehrere Revolverschüsse. Dann beging er in dem nahe gelegenen Wäldchen, in das er nach der Tat geflüchtet war, Selbstmord.

Explosion im Hamburger Hafen. Beim Verladen von Kisten, welche nach der Deklarierung Zündhütchen enthielten, auf den Dampfer „Gradana" stürzte eine Kiste ab, wobei eine Explosion erfolgte. Ein Arbeiter wurde schwer, acht weitere Personen leichter verletzt. Die Verwundeten wurden ins Hafen-Krankenhaus übergeführt. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Die Weltflieger geben auf. Die beiden amerikanischen Weltflieger Brock und Schlee haben in Tokio beschlossen, von der weiteren Durchführung ihres Fluges Abstand zu nehmen. Die Flieger geben zu, hunderte von Telegrammen aus der Heimat erhalten zu haben, in denen sie aufgefordert werden, ihr Leben durch den Versuch der Ueberquerung des Stillen Ozeans nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Eine andere Meldung will wissen, daß das japanische Marineministerium den Fliegern verboten habe, die zwischen Japan und den Hawai-Inseln liegenden Bonin-Inseln anzufliegen. Hier wollten die Flieger eine Zwischenlandung auf dem Weiterflug über die Hawai-Inseln nach San Franzisko vornehmen. Die Bonin-Inseln sind in den letzten Jahren von Japan stark befestigt worden. Um den Fliegern keinen Einblick in die Befestigungsanlagen zu gewähren, sei das Verbot erfolgt. Die Flieger haben auf der Fahrt von der Ostküste Amerikas bis nach Japan 12235 Meilen zurückgelegt. Als die gefährlichste Etappe bezeichnen sie die letzte Strecke von Omura nach Tokio, die sie während der großen Unwetterkatastrophen zurücklegten.

Die Dummen werden nicht alle. In der Gegend von Liebenthal (Schlesien) fuhr dieser Tage ein Mann auf einer Zyklonette bei kleinen Landwirten von und erbot sich, gegen Entgelt die Viehställe zu entkeimen und gestörte Familienverhältnisse in Ordnung zu bringen. Der Schwindler berechnete sein wundersames Wirken nach der Zahl der Morgen, die die Kunden ihr eigen nannten. Er fand eine ganze Anzahl Leichtgläubiger, die seine Dienste in Anspruch nahmen. Außer dem Geld erbeutete der Mann, der als ein vorbestrafter Hugo Krauske festgestellt wurde, auch mehrere Stücke Vieh, indem er den Landwirten erklärte, ihre Kuh müsse auf einige Tage in einen anderen Stall, da sonst ein Familienmitglied sterben müsse. Der Schwindler wurde verhaftet.

Ausbau des Stettiner Hafens. Der Ausbau des Stettiner Hafens gewinnt nunmehr feste Formen. Nachdem Ministerium und Staatsrat ihre Zustimmung zur Beteiligung des Staates an den Kosten gegeben haben — der Beschluß des Landtages steht allerdings noch aus — werden großzügige Erneuerungen und Neubauten in die Wege geleitet. Für die Binnenschiffahrt ist ein Durchstich von der Oder zur Parnitz vorgesehen. Ein Durchstich von der Swante zum Reiherwerderhafen bringt eine Begradigung und zugleich ausreichende Tiefe der Fahrrinne für Seefahrzeuge, die dann mit 8 Meter Tiefgang einlaufen können. Nebenher geht eine Vertiefung des gesamten Hafens auf acht Meter. Einem sehr fühlbaren Mangel wird durch den Bau eines Getreidespeichers abgeholfen werden. Der Kai der Massengutumschlagsstelle im Reiherwerderhafen wird von 120 Meter auf 270 Meter verlängert. Zusammen mit verschiedenen Erneuerungen bestehender Hafenanlagen erfordern die aufgeführten Neubauten einen Gesamtaufwand von etwa 15 Millionen Reichsmark, die zu zwei Dritteln der preußische Staat, den Rest die Stadt Stettin übernehmen.

Ermordung eines Müllers. In dem kleinen Dorfe Glienicke südlich des Scharmützelsees (Mark Brandenburg) wurde in der Nacht zum Donnerstag der 44 Jahre alte Mühlenbesitzer Emil Märker in seiner Mühle ermordet. Der Müller hatte sich am Abend nochmals in seine Mühle begeben, die etwa 300 Meter von seinem Wohnhaus entfernt liegt, um noch zu arbeiten. Als die Frau um 6 Uhr morgens erwachte, stellte sie fest, daß der Mann nicht zurückgekehrt war. Sie begab sich zur Mühle und entdeckte gleich bei den Stufen eine große Blutlache. Nach kurzer Zeit fand die Frau, zusammen mit einigen herbeigerufenen Arbeitern, die Leiche des Müllers am Abhang des Mühlenhügels in einer Erdvertiefung unter einem Bund Stroh verdeckt. Die Spuren ergaben deutlich, daß der Müller unter der Türe seiner Mühle überfallen und ermordet wurde. Soweit die von Berlin herbeigerufene Kriminalpolizei bisher feststellen konnte, ist der Müller durch drei Schüsse, anscheinend aus einem Infanteriegewehr, tödlich getroffen worden. Der eine Schuß hat die Schlagader durchgerissen, der andere das Gesicht durchbohrt, so daß der Tod sehr rasch eingetreten ist. Von den Tätern fehlt einstweilen jede Spur. Auch steht noch nicht fest, ob es sich um einen Raubmord handelt oder ob der Müller zufällig mit den Verbrechern in seiner Mühle zusammenstieß und dabei über den Haufen geschossen wurde.

Tod nach der Premiere. Der junge Film-Regisseur Bruno Rahn, dessen Film „Kleinstadtsünde" mit Asta Nielsen in der Hauptrolle am Dienstag in Berlin seine Uraufführung erlebte, erlitt infolge der Aufregung einen Nervenschock, an dessen Folgen er in der Nacht zum Donnerstag gestorben ist. Rahn hatte vor einem Jahr mit seinem erfolgreichen Film „Dirnentragödie", ebenfalls mit Asta Nielsen in der Hauptrolle, zum ersten Male als begabter und erfolgreicher Regisseur von sich reden gemacht.

Ungetreue Beamte. In der Stadt Angermünde ist man schweren Verfehlungen von Beamten auf die Spur gekommen. Der Kassierer der Stadtsparkasse, Kundler, hat sich schwere Urkundenfälschungen zuschulden kommen lassen und zusammen mit einem anderen Beamten der Stadtkasse mehrere tausend Mark unterschlagen. Beide sind verhaftet worden. Durch eine Revision wurden auch beim Landratsamt Verfehlungen festgestellt. Die Unterschlagungen eines Sekretärs sollen ebenfalls in die Tausende gehen. Schließlich ist gegen zwei Direktoren des Angermünder Katasteramtes die Anklage wegen Unterschlagung im Amte erhoben worden.

Berliner Produktenbörse vom 15. September. Getreide und Oelsaaten per 1000 Kilo, sonst pro 100 Kilo in Reichsmark. Weizen märkischer 257—261. Roggen, märkischer 247—250. Sommergerste 220—235. Wintergerste 215—222. Hafer, märkischer 195—211. Mais 194—195. Weizenmehl 32.75—37.25. Roggenmehl 32.75—34.75. Weizenkleie 15.25. Roggenkleie 15.25. Raps 3 0—310. Leinsaat —.—. Viktoriaerbsen 46.00—52.00. Kl. Speiseerbsen 26.00—29.00. Futtererbsen 21.00—22.00. Vehchicken 21.00—22.00. Ackerbohnen 22.00—23.00. Wicken 22.00—24.00. Lupinen, blaue 15.00—16.00. Lupinen, gelbe —.—. Seradella —.—. Rapskuchen 16.00—16.40. Leinkuchen 22.60—23.10. Trockenschnitzel 13.00. Sojaschrot 20.00—20.50. Torfmelasse 80/70 —.—. Kartoffelflocken 22.60—23.00.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270917-10/fragment/page=0006

Provinz und Nachbarstaaten.

Neuhaldensleben, 16. September. (Vom Zug erfaßt.) Ein Bierwagen wurde beim Passieren der Eisenbahnstrecke zwischen Süpplingen und Neuhaldensleben von einem Zuge erfaßt. Der Wagen wurde zertrümmert und einem Pferde die Seite aufgerissen, sodaß das Tier getötet werden mußte. Der Kutscher zog sich schwere Verletzungen am Kopfe zu. Eine Frau, die neben ihm auf dem Bock gesessen hatte, wurde mit anscheinend schweren inneren Verletzungen besinnungslos aufgefunden. Ihr Zustand ist bedenklich.

Oranienbaum, 16. September. (Vier Stockwerk tief gestürzt.) Hier stürzte das fünfjährige Töchterchen des Arbeiters Hermann Schüler von hier aus dem Fenster der im vierten Stockwerk gelegenen elterlichen Wohnung, es zog sich dabei aber erfreulicherweise nur ganz geringe Verletzungen zu.

Braunschweig, 16. September. (Tödlich überfahren.) Auf der Broitzemerstraße wurde der Zimmermann Peter Werner von einem Pferdegespann überfahren. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß er mit dem Krankenwagen nach dem Landeskrankenhause gebracht werden mußte. Dort ist Werner nach einigen Stunden seinen Verletzungen erlegen.

Genthin, 16. September. (Schwerer Autounfall auf der Berliner Chaussee.) Am Mittwoch morgen kurz vor 7 Uhr ereignete sich auf der Berliner Chaussee zwischen Genthin und Brandenburg ein schwerer Autounfall. Der Konditoreibesitzer R. aus Magdeburg wollte in Begleitung seiner Frau und der beiden Lehrlinge Erwin Nowack und Fritz Reinick mit seinem großen Lieferwagen zur Konditorei-Ausstellung nach Berlin fahren. R. saß selbst am Steuer, neben ihm seine Frau, während die beiden Lehrlinge in dem geschlossenen Kasten des Wagens Platz genommen hatten. Als sich das Auto in der S-Kurve an der Dunkelforther Brücke befand, löste sich plötzlich von dem linken Vorderrad infolge Reifenschadens der Mantel. Der Wagen geriet ins Schleudern und schlug mit voller Wucht seitlich gegen einen Baum. R. und seine Frau wurden nach vorn aus dem Wagen herausgeschleudert. Sie kamen mit leichteren Verletzungen und dem Schrecken davon. Die beiden Lehrlinge wurden in hohem Bogen auf die an die Straße angrenzende Wiese geschleudert und erlitten schwere innere Verletzungen, der eine von ihnen außerdem einen Oberschenkelbruch. Der Wagen wurde durch den Baum buchstäblich in der Mitte auseinandergerissen. Während der vordere Teil, Achse und Motor, ziemlich unversehrt blieben, wurde der hintere Teil vollständig zertrümmert. Der verhängnisvolle Baum ragt mitten aus den Trümmern heraus. Die schwerverletzten Lehrlinge wurden in das Johanniter-Krankenhaus zu Genthin geschafft. Bei dem einen soll Lebensgefahr bestehen.

Barby, 16. September. (In banger Sorge.) Der etwa 30jährige Eisenbahnassistent Hartmann aus Barby benutzte seinen Urlaub zu einer Reise nach Tirol. Seit etwa 14 Tagen ist seine Familie ohne jede Nachricht von ihm und obwohl am Sonnabend seine Ferien ablaufen, ist Hartmann noch nicht zurückgekehrt. Einer Meldung der Leipziger Neuesten Nachrichten aus Innsbruck zufolge haben sich am 3. September mehrere Personen im Karvendelgebirge verstiegen. Fünf Tage und fünf Nächte ertönten ihre Hilferufe. Seit Freitag früh 3 Uhr haben sie aufgehört. Aufgestiegene Rettungskolonnen sind noch nicht zurück. Da nun die geplante Reiseroute des Hartmann in diese Gegend führt, besteht hier kein Zweifel, daß einer der dort in Todesnot geratenen Bergsteiger der hier vermißte Eisenbahnbeamte sein wird.

Goslar, 16. September. (Der Goslarer Mörder als Erntearbeiter.) Wie die Landeskriminalpolizei mitteilt, hält sich der Maschinist Heinrich Busse, der Mörder der Gemeindeschwester Heder, nach den letzten Meldungen in ländlichen Gemeinden verborgen und führt sich von Landwirten bei Erntearbeiten beschäftigen. In zwei Fällen hat man den Mörder erst erkannt, als er sich heimlich entfernt hatte. Er soll auch im Besitz von Papieren sein, die ihn als amerikanischen Staatsbürger unter dem Namen Weber ausweisen.

Coswig, 16. September. (Der Apfeldieb mit dem Revolver.) Ein hiesiger Gärtner ertappte am Sonnabend abend auf seinem Gartengrundstück in der Zikoer Kreisstraße einen Mann dabei, wie er ihm die Mühen des Aepfelerntens abnehmen wollte. Da der Betreffende die Namenangabe verweigerte, nahm ihm der Gärtner die Aepfel ab und wollte seiner Wohnung zugehen. Als er sich erst einige Schritte entfernt hatte, gab der Apfeldieb aus einem Revolver einen Schuß auf den Gartenbesitzer ab und verletzte ihn schwer am Schienbein. Der gefährliche Apfelspitzbube ist leider unerkannt entkommen.

Königslutter, 15. Sept. (Ein Familienidyll.) Im Verlaufe eines Streites wurde ein hiesiger Arbeiter aus einer Schankwirtschaft auf die Straße geworfen; dort blieb er besinnungslos liegen. Der mitgehende Vater des Hinausgeworfenen, der mit seinem Fuhrwerk vor der Schankwirtschaft hielt, war nicht zu bewegen, den bewußtlosen Sohn zum Arzt zu bringen. Der Besinnungslose mußte dem Krankenhause zugeführt werden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

An alle Ortsgruppen des Kreises Halberstadt.

Da in unserem Kreise in diesem Jahre die letzte Veranstaltung in Schauen stattfindet, werden alle Ortsgruppen ersucht, vollzählig zu erscheinen.

Also auf am 18. September nach Schauen!

Rudolf Köchig, Kreisleiter.

Halberstadt. Kameraden, am Sonntag, den 18. September muß die Ortsgruppe Halberstadt geschlossen nach Schauen fahren. Wir sind dies den dortigen Kameraden schuldig. Wer erinnert sich nicht u. a. des geplanten Sternmarsches, wo die wackeren Bäsler von Schauen, trotz Sturm und Regen vollzählig zur Stelle waren. Wir benutzen zur Fahrt nach dort Lastautos. Der Fahrpreis beträgt 1.20 Mark. Karten hierzu sind von heute ab beim Kameraden O. Vollmann und Fr. Försterling zu haben. Die Kameraden treten Sonntag um 9 Uhr bei O. Vollmann an. Abfahrtszeit: Punkt 9.15 Uhr. Rückfahrt von Schauen 6 Uhr abends. Diejenigen Kameraden, welche zum Ausflug nach Schauen die Reichsbahn benutzen, treffen sich 11 Uhr vorgens am Bahnhof. Abfahrtszeit: 11,08 Uhr. — Radfahrerabteilung. Die Radfahrer versammeln sich beim Kameraden O. Vollmann. Es ist erwünscht, daß sich möglichst viele Radfahrer an dieser Fahrt, welche die letzte in diesem Sommer ist, beteiligen. Die Führung hat Kamerad O. Vallhausen. Abfahrtszeit: 9 Uhr. — Spielerkorps. Die Spielleute nehmen geschlossen an der Fahrt nach Schauen teil. Sie sammeln sich am Sonnabend 18.40 Uhr am Hauptbahnhof und fahren mit dem Zuge 18.48 (6.48) Uhr. Alle Kameraden, welche schon am Sonnabend nach Schauen fahren, haben sich mit Löffel und Trinkbecher zu versehen. — S

Halberstadt. Jungbanner. Kameraden, am Sonntag, den 18. 9. fährt die Ortsgruppe nach Schauen. Es wird erwartet, daß sich die Jugendkameraden recht zahlreich daran beteiligen! Führung: Kamerad Kramer, Fahnenträger: Kamerad A. Försterling.

Athenstedt. Alle Kameraden, welche am Sonntag mit nach Schauen fahren, treffen sich um 10 Uhr beim Kameraden Jung. Wir fahren mit den Halberstädter Kameraden. Der Fahrpreis beträgt 80 Pfennig.

Wernigerode. Spielerkorps. Antreten zur Autofahrt nach Schauen am Sonnabend abend um 6.30 Uhr im „Monopol". Die gesamte Ortsgruppe tritt restlos am Sonntag früh 8.30 Uhr im „Monopol" an, um den Kameraden in Schauen zu beweisen, was Kameradschaftlichkeit für uns bedeutet. Es ist die Möglichkeit geschaffen, daß jeder Kamerad die Autofahrt nach Schauen mitmachen kann. Die Rückfahrt wird am Sonntag so zeitig angetreten, daß wir nicht zu spät wieder heimkehren. Diese letzte Veranstaltung auswärts muß von jedem Kameraden unbedingt besucht werden.

Sport.

Ring-Sport-Verein 1911, Halberstadt. Arbeitersportler Halberstadts! Da heute abend der Ländermettkampf zwischen Frankreich und Deutschland hier stattfindet, rufen wir auf, Euch restlos heute abend 18 Uhr auf dem Domplatz zu versammeln, um die französische Mannschaft vom Bahnhof abzuholen. Nachzügler kommen direkt zum Stadtpark. Da das Sportprogramm im Ringen und Boxen des Abends außerordentlich interessant ist, bitten wir, möglichst den Vorverkauf in Anspruch zu nehmen, um den Andrang an den Kassen zu entlasten. — Die Finanzkommission trifft sich heute abend 18 Uhr im Stadtpark.

Die Freie Sportvereinigung 1895 (Ablig. Turner) Wernigerode. feiert morgen Sonnabend, den 17. September, ihr 32. Stiftungsfest. Neben einem erstklassigen Konzert der Kapelle Ostermeier werden sportliche und andere Darbietungen den Abend füllen. Aus dem Programm wäre besonders ein Sprech- und Bewegungschor betitelt: „Die Weber" hervorzuheben. Wir wollen hiermit den ersten Versuch machen, Sprech- und Bewegungschöre auch in Wernigerode einzuführen. Da nach der Abwicklung des Programms noch ein Ball stattfindet, können wir Jung und Alt empfehlen, morgen abend ins „Monopol" zu gehen. Einladungen zum Eintritt sind beim Vorsitzenden, Turngenossen H. Fischer, Sägemühlengasse, und an der Abendkasse zu haben.

Wernigerode. Handballspieler. Freitag abend vor der Generalprobe des Bewegungs- und Sprechchores im „Monopol" Besprechung zwecks Gründung einer zweiten Mannschaft. Niemand versäume diese Besprechung.

Verein für Leibesübungen Halberstadt. Am Sonntag, den 18. 9. 27, 14.00 Uhr, stehen sich im Verbandsspiel die 1. Mannschaften von V. f. L. Wernigerode und V. f. L. Halberstadt in Halberstadt auf dem Kasernenhof der Infanteriekaserne gegenüber. Da der V. f. L. gezwungen ist, mit mehreren Ersatzleuten anzutreten, kann man den Ausgang des Spieles als offen bezeichnen.

F.-C. Germania 1900. Jugend-Abteilung. Die 1. Jugend-Elf spielt am Sonntag um 2.45 Uhr auf eigenem Platz im Verbandsspiel mit der gleichen Elf des Sportverbandes 04-Quedlinburg.

Sportklub 1910. Kommenden Sonntag fährt die 1. Elf nach Viktoria-Wernigerode zum fälligen Verbandspiel. Abfahrt 11.20 Uhr Hauptbahnhof. Die 1. Jugend hat Eintracht-Gröningen zu Gaste und hat einen schweren Kampf zu bestehen. Anfang 3.30 Uhr Harzplatz.

Planvolle Körpererziehung. Die öffentliche Tagung mit dem Thema „Planvolle Körpererziehung, die das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht-Berlin gemeinsam mit der Magdeburger Schulverwaltung vom 17.—19. September in der Magdeburger Stadthalle veranstaltet, beginnt Sonnabend, den 17. September, vormittags halb 10 Uhr mit einem Vortrage von Dir. Dr. Neuendorff-Spandau über „Neuzeitliche Leibesübungen in der Knabenschule", der durch Vorführungen von Knabenturnen aller Stufen seine Erläuterung findet. Nachmittags um 4 Uhr spricht Prof. Dr. Altrock-Berlin über „Wissenschaft und Leibesübungen", um 5 Uhr Prof. Dr. Jaeck-Marburg über „Die körperliche Erziehung in ihrer Bedeutung für die Gesamterziehung". Am Abend um halb 8 Uhr findet ein großer Jugend- und Volksabend mit Vorführungen von Jugendverbänden, Turn- und Sportvereinen statt. Am Montag, dem 18. September, sprechen vormittags halb 12 Uhr Min.-Rat Prof. Dr. Ottendorf-Berlin über „Körpererziehung und deutsche Gegenwart", nachmittags halb 4 Uhr Gen.-Sekretär Dr. Diem-Berlin über den „sportlichen Gedanken in der Körpererziehung", um 5 Uhr Oberschulrat i. W. Hilker-Berlin über „Das gymnastische Prinzip in der Körpererziehung. Für den Abend ist um halb 8 Uhr eine besondere Kundgebung von größerer Bedeutung mit dem Thema „Künstlerische Körperschulung" vorgesehen. Die beiden bedeutendsten Bewegungsschulen, nämlich die Bodeschule-Berlin und die Schule des Bundes für angewandte und freie Bewegung-München werden an diesem Abend mitwirken. Das Programm des Montags beginnt um 8 Uhr mit Vorführungen von Mädchenturnen aller Klassen und Schulen. Um halb 12 Uhr spricht die bekannte Pädagogin Oberstud.-Direktorin Dr. Matz-Stettin über „Die Körpererziehung der Mädchen und Frauen". Nachmittags 3 Uhr behandelt Frl. Rottebohm-Halle das Thema „Körpererziehung und Musik", halb 5 Uhr Frau Kallmeyer-Berlin das Thema „Körpererziehung, Stimmbildung und Ausdrucksgestaltung". Beide Vorträge sind mit Vorführungen. Abends 6 Uhr hält Stadtmed.-Rat Dr. Schnell-Halle den letzten Vortrag über „Körpererziehung und Volksgesundheit". Tagungskarten, die zum Besuch aller Vorstellungen berechtigen, sind zum Preise von 4 Mark zu erhalten. Für die Teilnahme an einzelnen Tagen werden Karten zum Preise von 2 Mark ausgegeben. Die Abendveranstaltungen können gesondert besucht werden gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. Alle Anmeldungen und Kartenbestellungen sind an das Stadtamt für Leibesübungen, Magdeburg, Grüne Armstr. 14, zu richten.

Veranstaltungen.

Die Troisi-Tour kommt wieder nach Halberstadt. Am 18. September gibt sie die Eröffnungsvorstellung. Das Unternehmen steht jetzt unter einer neuen Leitung. Direktor Hugo Hampf ist an die Stelle des früheren Leiters getreten. Er kommt nach Halberstadt mit einem erstklassigen Programm. Wo das neue Programm bereits gezeigt wurde, wird es in der Presse als das beste der Troisi-Tour bezeichnet. Auch in Halberstadt wird es sicher ansprechen und dem Unternehmen ein volles Haus an allen Tagen bringen.

„Volksmusikabende werden jetzt in fast allen musiktreibenden Vereinen gepflegt, um die alten Volkslieder und Volksweisen wieder aufleben zu lassen. Der Mandolinenklub „Edelweiß" veranstaltet am Sonnabend, den 17. September 1927 im Saale der Harmonie ein Mandolinenkonzert und will mit einer stattlichen Spielerschar beweisen, wie angenehm eine solche Zupfmusik im Gesamtspiel wirkt. Auch der Rundfunk hat schon viel zur Verbreitung dieser guten Volksmusik beigetragen, und viele Hörer werden von der Wirkung angenehm überrascht gewesen sein. Der vorstehend genannte Verein bringt deutsche und russische Volksweisen (Volkslieder), deutsche und spanische Tänze, die besonders für diese Instrumentalgattung geschrieben sind, zu Gehör, und es kann somit eine gute Volksmusik erwartet werden." — Siehe Anzeige.

Briefe an das Tageblatt.

Ist das Armenfürsorge?

Ein Opfer der Inflationszeit wurde ich als gelernter Kaufmann, welcher Bildung und Umgang mit Menschen, durch Besuch höherer Schulen kennen gelernt hat. Für den begangenen Leichtsinn verbüßte ich eine längere Gefängnisstrafe. Nach meiner Haftentlassung stand ich mittellos und heimatlos vor den Toren der Anstalt. Das Einzige was ich besaß, waren meine Kleidungsstücke und das in der verbüßten Strafe verdiente Geld von zirka 35 RM. — Am gleichen Tage meiner Entlassung meldete ich mich beim städt. Arbeitsamt zwecks Beschaffung von Arbeit. Dieselbe war leider nicht vorhanden und Arbeitslosenunterstützung wurde mir infolge meines von der Strafanstalt ausgezahlten Geldes auf 4 Wochen gesperrt. Ich mußte also vier Wochen mit zirka 35 RM. leben. Diese Zeit überstand ich, wie, mill ich nicht schildern; denn hungern, um nicht moralisch heruntergekommen und als Mensch zu leben, war Tagesordnung. Nach dieser Zeit bekam ich eine wöchentliche Unterstützung von 5,50 ℳ, mit welcher ich leben mußte. Dieses ging zirka vier Wochen, ohne Arbeit zugewiesen bekommen zu haben, trotz tagtäglicher Nachfrage. Eines Sonnabends, am 26. 8. 27, als ich meine Unterstützung bei dem mir zugeteilten Armenpfleger Bischoff, Schuhstraße, abholen wollte, erklärte mir derselbe, ich bekäme nichts, die Unterstützung sei mir gesperrt. Auf mein Befragen warum? erhielt ich zur Antwort, ich soll mich an den Bezirkspfleger, Herrn Rathom, Dominikanerstraße wenden. Dieses tat ich auf dem nächsten Weg und wurde mir von diesem eröffnet, daß mir die Unterstützung laut Beschluß in der letzten Armenpflegerzusammenkunft entzogen sei mit der Begründung: Man vermutet, daß ich Nebeneinkünfte habe, da ich gut gekleidet sei und mir das Baden im Sommerbad (was wöchentlich meinerseits einmal geschah) erlauben könnte. Ich wurde dieserhalb bei dem Wohlfahrtsamt vorstellig und machte den städt. Beamten, Herrn Eggebrecht darauf aufmerksam, daß ich ohne jede Nebeneinkünfte sei und mit den 5.50 ℳ lebte, wie, das sah er ja meinem abgehungerten und abgehärmten Gesicht an. Sollte mir die Unterstützung entzogen bleiben, wäre ich gezwungen, auf unrechten, strafbaren Wegen mein Leben zu fristen, oder man soll mir Arbeit geben. Nach einigen Stunden, blieb wohl schließlich, da für die aufgestellte Behauptung keine Begründung vorlag, nichts anderes übrig, als mir die Unterstützung weiter zu zahlen.

Warum sorgt man in allererster Linie nicht dafür, daß ein Mensch, wie es mir erging, durch Verbüßung seiner Strafe geläutert, in ein Arbeitsverhältnis gebracht wird?Warum greift man solchen Menschen nicht unter die Arme, um sie auf ehrlichen, rechtschaffenen Weg zu erhalten?

Nein, man versucht sie wieder dahin zu bringen, wo sie für eine im Leichtsinn begangene Tat gebüßt haben.

Versteht man das in Deutschland unter Volkswohlfahrt und Gefangenenfürsorge? Oder muß ein Mensch erst moralisch und sittlich auf der niedrigsten Stufe, zerrissen und zerlumpt sein, um unterstützt zu werden? X.

Rundfunk-Programme

der hauptsächlichsten deutschen Sender. — —

Sonnabend, den 17. September.

Berlin, 20,30 „Warbeck", Vortrag und Szenen aus Schillers „Warbeck".

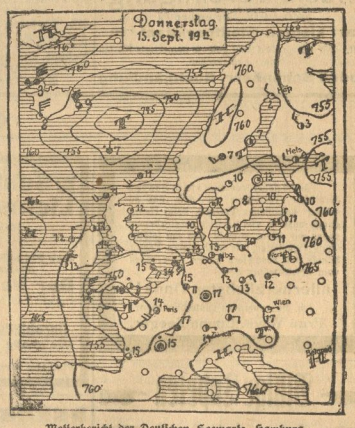
Königswusterhausen. Uebertragung von Berlin.

Leipzig. 20,15 „Trio-Abend" (Klavier, Violine, Violincell).

Hamburg. 20 Wunschabend im September.

Langenberg. 20—21 Violinkonzert. (Dortmund).

Amtliche Wetternachrichten.



Wetterbericht der Deutschen Seewarte, Hamburg.
(Nachdruck verboten.)

Voraussichtliche Witterung bis Sonnabend abend:

Das Tief, welches am Donnerstag früh über dem Westeingange des Kanals sich befand, bewegt sich nur langsam ostwärts weiter. Wir befinden uns noch auf seiner Ostseite, wo bei südöstlichen Winden trübes Wetter mit geringen Niederschlägen herrschte. Da sich diese Störung aber nach Norddeutschland fortpflanzen wird, so dürften die Niederschläge an Stärke und Dauer zunehmen. Dabei wird die Temperatur zunächst etwas ansteigen.

Aussichten: Meist trübes, etwas wärmeres Wetter mit Regenfällen.

Beilagen-Hinweis.

☞ Unserer heutigen Auflage liegt eine Beilage der Firma Dr. med. H. Schulze, Berlin W. 30, über ein nervenstärkendes Mittel bei. Wir empfehlen den Prospekt der besonderen Aufmerksamkeit unserer Leser.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270917-10/fragment/page=0007

1. Nachtrag

zur Polizeiverordnung über die Regelung des Fuhrverkehrs in der Stadt Halberstadt.

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (GS. S. 265), des § 143 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (GS. S. 195), der Verordnung über Vermögensstrafen und Bußen vom 6. Februar 1924 (Gr.-Ges. Bl. S. 44) und des § 29 der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 5. Dezember 1925 (R. G. Bl. S. 439) wird mit Zustimmung des Magistrats für den Stadtkreis Halberstadt folgende Polizei-Verordnung als 1. Nachtrag zur Polizei-Verordnung vom 8. März 1927 erlassen:

§ 1.

Der Teil des Holzmarktes zwischen Fischmarkt und Heinrich-Julius-Straße wird für Autobusse und Lastkraftwagen gesperrt.

§ 2.

Für den durchgehenden Fuhrwerks- und Kraftwagenverkehr, d. h. für den, der jeweilig nicht den besonderen Bedürfnissen der Anlieger dient, wird die Straße „Abtshof" gesperrt.

§ 3.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Reichsmark oder mit Haft bestraft.

§ 4.

Dieser Nachtrag tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Halberstadt, den 26. Juli 1927.

Die Polizei-Verwaltung.

Leihhaus-Auktion.

Die vom 1. Oktober 1926 bis 31. März 1927 versetzten Pfänder mit den Pfandscheinnummern 4738 bis 9894 in den Farben orange und grau werden am

Montag, den 17. Oktober 1927, 14 Uhr

im städtischen Pfandleihamt, am Kulk 7, öffentlich meistbietend versteigert. Die Einlösung der Pfänder kann noch bis zur Versteigerung gegen Erstattung des Darlehns, der Zinsen und des Versteigerungskostenbeitrages durch die Pfandscheinmänder wochentags von 9—12 Uhr erfolgen.

Der Magistrat.

Schlachthof-Freibank Sonnabend von 8 bis 10 Uhr

Fleisch-Verkauf.

Die Auszahlung der Kleinrentnerhilfe für den Monat September erfolgt **Freitag, den 16. September d. J.**, die der Sozialrentnerhilfe **Sonnabend, den 17. September d. J., vorm. von 8—12½ Uhr** in der Stadthauptkasse, Rathaus, Zimmer Nr. 1.

Quedlinburg, den 16. September 1927.

Der Magistrat.

Bin zu sämtlichen Krankenkassen zugelassen

Dr. med. Kluge

Walter Rathenaustraße 57/58.

Sprechstunden: Vormittags 9—10½ Uhr nachmittags ½3 bis 4 Uhr.

Fernsprecher Nr. 2512

Das **KONZERT** der **Meininger Kammermusik-Vereinigung** findet am 19. September im **kleinen Stadtparksaal** statt. Für den großen Saal gelöste numerierte Karten bitte umzutauschen.

Rudolf Schönherr, Buchhandlung

Wiener Kaffee

Heute abend

Die neue Kapelle

Es ladet freundlichst ein

Karl Eschemann und Frau

Goldener Anker

Sonnabend, den 17. September, feiert der Verein **„Halberstädter Musikfreunde"** sein letztes **Sommer-Vergnügen** im Saal des Herrn H. Praast, Kornstraße 6.

Gäste durch Mitglieder eingeführt willkommen.

Anfang 8 Uhr. **Der Vorstand.**

NAVERMA HAUS

Marinaden

Ganz delik. Leckerbissen!
Bratheering 1 Ltr.-D. 79 Pf.
Hering in Gelee 1 Ltr.-D. 87 Pf.
Sardinen 1/1-D. 80 Pf.
Rollmops 1 Ltr.-D. 84 Pf.
Bismarckh. 1 Ltr.-D. 84 Pf.

Das ist etwas für Sie! Frische Bulgar. Eier 10 Stück nur 95 Pf.

Naverma-Haus

Achtung! Achtung!

Radfahrer!

Empfehle zur Saison **erstklassige**

„Frisch Auf"-Fahrräder

in allen Preislagen und Zahlungserleichterung.

Ersatzteile, prima Bereifungen, Laternen, Emaillierungen sowie Vernickelungen alter Fahrräder von 25 Mk. an. Reparaturen werden schnellstens ausgeführt unter billiger Berechnung

Otto Müller, Beckerstr. 3.

Rot-Kreuz-Tag

Sonntag, den 18. Sept. 1927.

9.30 Uhr: Kirchgang d. Rot-Kreuz-Organisationen in allen Kirchen.
11.00 Uhr: Autokorso.
11.30 Uhr—12.30 Uhr: Konzert der Stahlhelm-Kapelle auf dem Domplatz.
4.00 Uhr: Kinderfest im Stadtpark (Eintritt 20 Pfg.)
8.00 Uhr: Festabend im großen Stadtparkkaff: Konzert, Festrede, Herr Generalobergarzt Dr. Hampe, Lichtbildervortrag über: Die Verheerungen des Unwetters in Ostfachsen (Eintritt 50 Pfg.).

Vorverkauf bei: Wische, Breiteweg, Brüggemann, Küblingerstraße, Riecke, Walter Rathenaustraße.

Fte. neue Vollheringe

Stück 10 und 15 Pfg.
Matjes, Stück 20 Pfg.
saure Gurken, Zwiebeln, Kapern.

Ad. Aisleben Nachf.
Hoheweg 43. Tel. 2490

Präparat, Die blebertran Vieh-Lebertran-Emulsion

Rats-Apotheke.

Täglich frische **Schweinerippen**, Rinderknochen, Pfoten und Würstchen
Sonnabend: **Leber, Ochsenschwanz.**

A. Pirschel,
Gröperstraße 41, Laden.

Uhren werden gut und billig repariert

Laubinger, Bakenstr. 20

Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos

Kukirol

Vielmillionenfach bewährt
Packung 75 Pfg.

Kukirol-Verkaufsstellen: Drog. Carl Baudorff Nachf., Inh. G. Hummerich; Drog. Carl Weißenborn Nachf., Breiteweg 45 u. Gröperstraße 26.

Heute zartes

Rotwild-Fleisch

Pfund nur **1.00 Mk.**
Junge fette Gänse, ½ und ¾ Gänse billigst,
Junge fette Enten
Junge fette Hähnchen
Junge fette Poularden
Junge große Tauben
Stück nur 90 Pfg.
empfehlen in gr. Auswahl

W. Heuke & Söhne
Krebsscheere. Tel. 1785.

Hamburger Fischhalle
Martiniplan 33.
Fernsprecher 2172.

Lebende Schleie und Karpfen.
Täglich frische Seefische.
ff. Räucherwaren.
Matjesheringe und Neue saure Gurken.

Schäfer-Martin-Salbe

geg. Hautschäden u. offene Beine. **Ratsapotheke.**

Fußbodenöl

Bohne

mit und ohne Farbzusatz

Löwen-Drogerie
Walter Rathenaustr., Ecke Seydlitzstraße.

Suche zu sofort einen

jungen Mann

nicht unter 18 Jahren, der mit Pferden umgehen kann und schon in der Landwirtschaft tätig war.

Wilhelm Drilling,
Ditfurt.

Wichtig für die Hausfrauen!

Infolge Rückgang des Milchquantums steigen zur Herbstzeit alljährlich die Preise für Milchprodukte. In diesem Jahre ist aber eine außergewöhnlich starke Erhöhung festzustellen. Natürlich werden auch die Butterpreise hierdurch beeinflußt. Da ist die Zeit gekommen, wo die Hausfrauen Umschau nach einem billigeren Brotaufstrich, Koch- und Bratfett halten.

Immer noch marschiert an erster Stelle für diese Zwecke die berühmte

Löwenstolz

Während der ganzen Sommerzeit haben wir keine Klagen über die Qualität gehört. Sie ist aber auch ganz vorzüglich, Tadellos in der Farbe, gute Konsistenz, duftendes Aroma, und sahneartigen Nachgeschmack. Wer Löwenstolz mit verbundenen Augen essen würde, könnte kaum auf den Gedanken kommen, daß es sich um Margarine handelt.

Wir sind stolz darauf, den geehrten Hausfrauen einen so vorzüglichen Butter-Ersatz liefern zu können. Löwenstolz wird extra für unsere Geschäfte hergestellt, sie ist daher nur in unserem eigenen Geschäft, Breiteweg 24, käuflich, niemals wo anders. Wer sie probiert, wird sie wieder kaufen.

Kleine Löwenstolz-Büchlein mit netten Erzählungen für Kinder werden bei Einkäufen gratis verabfolgt. — Außerdem werden Rabatt-Sparkarten gratis verabfolgt, da wir bei Einkäufen von

Butter und Löwenstolz
5 Prozent Rabatt-Sparmarken

gewähren. **Werden Sie auch Inhaberin einer solchen Karte,** wie es bereits viele Halberstädter Hausfrauen geworden sind. Es lohnt sich zu sparen.

Löwenstolz-Margarine

Extra-Qualität . . . . Mark **1.20** das Pfund
II. Qualität . . . . . Mark **1.00** das Pfund

Toepfer-Compagnie

Butterhandlung zu den drei Glocken · Breiteweg 24

Machen Sie von den Angeboten unserer Inserenten den ausgiebigsten **Gebrauch**

Das Uebel sitzender Lebensweise sind Darmbeschwerden und Verdauungsstörungen, die den Beruf zur steten Qual werden lassen und zu vorzeitiger Ermüdung und Erschlaffung führen.

Dr. Axelrods Yoghurt täglich morgens genossen, beseitigt diese Hemmungen restlos und erhöht wesentlich die Schaffenskraft.

Allein in **Halberstadt** bei:
Halberstädter Molkerei A.-G.
Bismarckstraße 48
Fernruf 2[illegible]

Aus Wernigerode

Für die außerordentlich vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem uns so schwer betroffenen Verluste beim Heimgange unseres viel zu früh Verstorbenen, sagen wir allen, sowohl den am letzten Gang Beteiligten, als auch Herrn Pastor Schulz und besonders seinen Kameraden vom Reichsbanner den

allerherzlichsten Dank!

Für die trauernden Hinterbliebenen:
Frau Wwe. Emma Seeger.

Schloß-Lichtspiele

Wochentags 7 und ½9 Uhr
Sonntags 6 und ½9 Uhr

Freitag bis Montag

I.
Der Meister der Maske, Lon Chaney als Kaiser von Portugallien in
Der Narr und sein Kind
7 Akte voll Menschlichkeit, Tragik u. Sühne
II.
Durchlaucht macht eine Anleihe
Die große Lachsensation in 6 Akten
III.
Hartes Brot ∴ **Deulig-Woche**

Billige Tapeten

Gelegenheitskauf!

Die in unserem Ausverkauf gewordenen Restposten werden noch ganz billig verkauft
Rolle von 15 Pfennig an

Neuheiten für die Herbst-Saison

Neue Muster Billige Preise Beste Fabrikation
Rolle von 20 Pfennig an bis 1 Mark

Große Auswahl

Bei besond. Wünschen Spezialkarte i. Künstlertapeten
Moderne Borden u. Friese à m 5, 8, 10 u. 15 Pf.
Billiges Linkrusta, Rolle von 1.50 Mk. an
Dekorationsleisten à Meter von 0.20 Mk. an

Julius Plachta & Sohn, Malermeister
Nöschenrode, Kaiserstraße Nr. 27

Beachten Sie bitte unsere Fenster-Auslagen!

Hamburger Gefrierfleisch-Halle

empfiehlt

Kochfleisch . . .	1 Pfd.	0.75—0.80 RM.
Bratenfleisch ohn. Knochen	1 Pfd.	1.10 RM.
Rouladenfleisch	1 Pfd.	1.20 RM.
Hammelbraten	1 Pfd.	1.00 RM.
„ Kochfleisch	1 Pfd.	0.85 RM.
Rostbeef	1 Pfd.	1.00 RM.
Rinderleber, j. Quant. liefert.	1 Pfd.	1.00 RM.

von

prima Mastochsen-Gefrierfleisch

Burgstraße 31. Burgstraße 31.

Die „Freie Sportvereinigung 1895"

(Abteilung Turner)

erlaubt sich, zu dem am **Sonnabend, den 17. September 1927, abends 8 Uhr** i. Gewerkschaftshaus „Monopol" stattfindenden

32. Stiftungs-Fest

ganz ergebenst einzuladen

Es wird geboten:
Erstklassiges Konzert
Sportl. Darbietungen
Sprech- u. Bewegungs-Chor und BALL

Alle Vereinsmitglieder und Freunde des Sportes sind willkommen

Einladungen an der Kasse

Walter Aps

Unterengengasse

färbt reinigt

Herren-, Damen- und Kinder-Garderobe

Schonendste Behandlung Schnellste Bedienung
Solide Preise

Schlafzimmer

Küchen, einzelne Bettstellen in Holz u. Metall, **Federbetten, Sofas, Chaiselongues, Patent- und Auflege-Matratzen** bei ⅓ Anzahlung und bequemen Teilzahlungen nur im

Bettenhaus Otto
N., Kaiserstraße 62.

Einer sagt's dem Andern

Korbmöbel
Reisekörbe
Waschkörbe
Besen und Bürstenwaren

kauft man billig und vorteilhaft bei

Eichel,
Nöschenrode, Kaiserstr. 80

Freibank

Sonnabend von 9 Uhr
Verkauf von Rind- u. Schweinefleisch
Großer Posten

Opel-Fahrräder

mit **Torpedo-Freilauf** und **prima Gummi**

von 95.00 Mk. an

Billige Räder

von 75.00 Mk. an

Teilzahlung

Reparaturen aller Fabrikate billig, schnell, gut.

H. Schneider,
Burgstr. 20. Tel. 883.

Parteifreunde

kauft an Bahnhöfen, verlangt in Hotels, Restaurants, Cafés stets die

Harzer Volksstimme

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270917-10/fragment/page=0008

Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode.

Bezugspreis halbmonatlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 0,90 Mark. Erscheint wöchentlich sechsmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten u. Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48, Fernruf 3114. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Paul Weber, G. m. b. H. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft Artur Molkenbuhr, für den übrigen Teil: Richard Matthaeus, für Reklame u. Inserate Karl Treff, sämtl. in Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Reklamezeile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Nachgebühr für bei Zahlung verlegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gewähr nicht übernommen werden. Anzeigen-Annahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postscheckkonto Magdeburg 4526 und Volksbuchhandlung Steigerwald, Wernigerode, Burgstraße 8

Nr. 218. Sonnabend, 17. September 1927. 2. Jahrgang.

Erhöhte Gehälter = höhere Preise?

Seit der Reichsfinanzminister in Magdeburg die bevorstehende große Erhöhung der Beamtengehälter ankündigte, spricht man in breiten Schichten des Volkes von Preissteigerungen. Der Reichsfinanzminister hat selbst das Stichwort dazu gegeben, als er in Magdeburg feierlich erklärte, die Reichsregierung werde Preissteigerungen nach der Besoldungsreform nicht dulden. Er hätte besser getan, nicht von einer Preiserhöhung zu sprechen. Denn es muß mit allem Nachdruck festgestellt werden, daß von einer ökonomischen Notwendigkeit zur Auswirkung der Erhöhung von Beamtengehältern auf das allgemeine Preisniveau gar keine Rede sein kann.

Die Preise steigen in unserer Wirtschaft zwangsläufig, wenn ohne eine entsprechende Erhöhung der Produktion die Gesamtmenge, der den produzierten Waren gegenüberstehenden Kaufkraft eine Erweiterung erfährt. Diese preistreibende Erweiterung der Kaufkraft kann vor sich gehen durch eine über die Produktionsausdehnung hinausgehende Gewährung von Krediten an die Wirtschaft. Das ist ein Vorgang, der bei steigender Konjunktur meistens eintritt. Die schlimmste und gefährlichste Form einer solchen Vermehrung der Kaufkraft durch Krediterweiterung liegt dann vor, wenn ohne Zusammenhang mit der Wirtschaft für den Staat Noten gedruckt und diese Noten den Beamten als Geld in die Hände gegeben werden. Dann haben wir Inflation mit all ihren grauenhaften Folgen, die uns noch in frischer Erinnerung sind.

Wenn aber der Staat die Beamtengehälter erhöht, und das dafür erforderliche Geld nicht durch Notendruck, d. h. durch Fälschung sich beschafft, sondern aus Steuereingängen, was gegenwärtig allein in Frage kommen kann, so findet in der Gesamtwirtschaft keinerlei Schöpfung neuer Kaufkraft statt, sondern es erfolgt lediglich eine Uebertragung der Kaufkraft von den steuerzahlenden Schichten auf die Empfänger der Gehaltserhöhungen. Diese Verlagerung von Kaufkraft kann dadurch, daß nun vielleicht für gewisse Güter des Massenbedarfs eine stärkere Nachfrage sich geltend macht, den Verkäufern dieser Güter Gelegenheit und bis zu einem gewissen Grade die Möglichkeit geben, sich durch Preisheraufsetzungen Sondergewinne zu verschaffen. Es können somit im Zusammenhang mit dieser Umschichtung von Kaufkraft gewisse Veränderungen im Verhältnis der Preise zueinander eintreten, aber es muß durchaus nicht eine allgemeine Steigerung des Preisniveaus erfolgen, die ihrerseits den Gehaltserhöhungen ihren realen Wert rauben würde.

Um nun diesen Prozeß der Umschichtung von Kaufkraft auf dem Wege von der Steuererhebung zur Gehaltszahlung mit möglichst wenigen Reibungsverlusten durch die Ermöglichung von Sonderprofiten einzelner Produzentengruppen sich vollziehen zu lassen, kommt es vor allen Dingen wesentlich darauf an, in welcher Form die erforderlichen Steuern erhoben werden. Der Reichsfinanzminister hat erklärt, daß für das Reich eine Erhebung neuer Steuern im Zusammenhang mit den Mehrausgaben nicht in Frage kommt. Hier wird also auch eine veränderte Einwirkung der Steuererhebung auf die Preisbildung nicht in Erscheinung treten. Viel schwieriger als beim Reich und vielleicht auch als bei einigen Ländern liegt die Finanzierungsfrage aber bei zahlreichen Gemeindeverwaltungen.

Die Gemeindeverwaltungen, denen die Hände für die Erhöhung von Realsteuern und für die Ausdehnung anderer Steuereinnahmen durch den Finanzausgleich übermäßig gebunden sind, werden zum Teil in die Versuchung geraten, sich die Mehreinnahmen durch Preiserhöhungen bei ihren Werken der öffentlichen Versorgung: Elektrizitätswerken, Gaswerken, Wasserwerken usw. zu verschaffen. Wenn dieser Weg beschritten würde, so würde in diesem Umfange die erhöhte Steueraufbringung unmittelbar als Preiserhöhung in Erscheinung treten, und da es sich hier zum großen Teil um Preise für Leistungen handelt, die für Industrie und Handel Faktoren der Produktionskosten sind, so würde von diesen Preissteigerungen der öffentlichen Werke ein verhängnisvoller Anstoß zur Ausbreitung der Preissteigerungs-Tendenzen in der ganzen Wirtschaft ausgehen.

Wenn der Reichsfinanzminister mit seinem erhobenen Finger gegen die drohenden Preissteigerungen also mehr als eine leere Geste machen will, so muß er vor allen Dingen auf seinem eigensten Gebiete, dem der Finanzregelung, anfangen. Er muß dafür sorgen, daß die aus der Besoldungsreform folgenden erhöhten Gemeindelasten nicht auf dem Wege der Tariferhöhungen aufgebracht werden, sondern daß den Gemeinden andere, das allgemeine Preisniveau nicht unmittelbar berührende Steuermöglichkeiten eröffnet werden. Dazu gehört entweder die Aufhebung der Fesseln für die Realsteuern oder die Erschließung neuer Steuerquellen, für die z. B. auf dem Gebiete der Alkoholbesteuerung Spielraum ist. Natürlich bedeutet auch eine Alkoholbesteuerung eine Erhöhung der Preise für alkoholische Getränke. Diese Erhöhung trifft aber den Alkoholkonsumenten unmittelbar, sie überträgt seine Steuerleistung auf die erhöhten Verbrauchsmöglichkeiten der Beamten für lebenswichtigere Dinge, ohne treibend auf die Preisgestaltung anderer Waren einzuwirken. Denn die alkoholischen Getränke sind für keinen anderen Gewerbezweig Produktionskostenfaktor.

Abgesehen von der besonderen Bedeutung, die in diesem Falle eine vernünftige Finanzpolitik, d. h. die beste Form der Aufbringung der Mittel für die Besoldungserhöhungen hat, ist es natürlich wichtig, den Versuchen, die in der kapitalistischen Wirtschaft unvermeidlich auftreten werden, durch Preiserhöhungen an Stellen der bevorzugten Nachfrage Sonderprofite im Zusammenhang der Verlagerung der Kaufkraft zu erzielen, mit allen Mitteln entgegenzutreten. Hier könnte an sich z. B. eine verschärfte Kontrolle von Kartellen und anderen monopolistischen Vereinigungen manches Gute erreichen. Von dieser Regierung der Besitzinteressen auf diesem Gebiete wirklich durchgreifende Handlungen zu erwarten, wäre aber eine arge Selbsttäuschung.

Eher schon kann eine gewisse zügelnde Wirkung von einer starken Abwehr der öffentlichen Meinung gegen derartige Ausnutzungstendenzen ausgehen. Wir glauben, daß ein starker Widerstand der Konsumenten gegen die Zahlung erhöhter Preise viel dazu beitragen kann, ausbeuterische Preissteigerungen zu verhindern.

Vor allen Dingen ist es dazu wichtig, dem Irrglauben, als hätte die Besoldungsreform aus erhöhten Steuerleistungen auch nur das geringste mit Inflation zu tun, und als müßte die Besoldungsreform zwangsläufig zu Preissteigerungen führen, mit allem Nachdruck entgegen zu treten. Denn dieser Glaube macht unselig, er ist falsch, aber wenn er um sich greift, schafft er den Boden für die Ausnutzung der Situation zu Sonderprofiten für einzelne Interessentengruppen.

F. R.

Noch keine Entscheidung über die Besoldungsreform.

Berlin, 16. September. (Eig. Funkm.). Das Reichskabinett befaßte sich am Donnerstag bis nachts 11.30 Uhr mit der Besoldungsreform. Eine entscheidende Beschlußfassung wurde angeblich wiederum ausgesetzt, weil der Reichsaußenminister als Vertreter der Volkspartei nicht anwesend war. Es ist deshalb anzunehmen, daß die Reichsregierung sich zu der Besoldungsreform des Reichsfinanzministers erst äußert, wenn Dr. Stresemann aus Genf zurückgekehrt ist.

Die Beratungen in Preußen abgeschlossen.

Das Preußische Staatsministerium hat seine Beratungen zur Besoldungsfrage im wesentlichen endgültig abgeschlossen. In den noch zwischen dem Reich und Preußen strittigen Restpunkten ist, wie wir erfahren, im großen und ganzen eine Einigung erzielt worden. Nur noch ein kleiner Teil der Differenzen ist zu erledigen. Die Schaffung einer gleichen Ministerialzulage im Reich wie in Preußen, sowie die Stellung der politischen Beamten in der Besoldungsfrage ist bei den Beratungen nicht erörtert worden.

Die Reichsregierung hatte ihre Beratungen über die Besoldungsreform am Donnerstag in vorgerückter Abendstunde noch nicht abgeschlossen.

Bremer Wahlen am 13. November.

Berlin, 16. September. (Eig. Funkm.). Der Wahlausschuß der Bremer Bürgerschaft beschloß, die Wahlen zur Bremer Bürgerschaft am Sonntag, den 13. November, stattfinden zu lassen.

Reichstagsbeginn am 17. Oktober.

Der Aeltestenrat des Reichstages beschloß am Donnerstag, den Beginn der Sondertagung des Reichstages auf den 17. Oktober festzusetzen. Die Tagung soll nur der Beratung des Schulgesetzes, der Beamtenbesoldung und des Liquidationsschädengesetzes dienen. Fraglich ist, ob das Liquidationsschädengesetz bis dahin dem Reichstag bereits vorliegen wird. Die Tagung soll nur eine Woche dauern. Der Beginn der eigentlichen Wintersession des Reichstages, der von der Regierung für den 21. November verlangt wurde, soll später festgesetzt werden, wobei von den Regierungsparteien der 22. November in Aussicht genommen wird.

Die Sozialdemokraten sprachen sich für eine Tagung noch im September zur Beratung der Mietenerhöhung, der Krisenfürsorge und der Amnestiefrage aus, ebenso die Kommunisten und Demokraten, während die Regierungsparteien einschließlich der Wirtschaftspartei sich ablehnend verhielten. Auch die Beratung des Kleinrentnerversorgungsgesetzes in der Zwischentagung wurde von den Regierungsparteien abgelehnt.

Der Reichsaußenminister dürfte, wie der „Soz. Presse“ erfährt, die in seiner letzten Genfer Rede angekündigte Unterzeichnung der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeitsklausel Anfang nächster Woche vollziehen. Der zur Ratifikation notwendige Gesetzentwurf dürfte bald darauf dem Reichstag überwiesen werden, so daß die Debatte darüber ebenfalls bei dem Wiederzusammentritt des Parlaments stattfinden könnte.

Millerand für den Bruch mit Rußland.

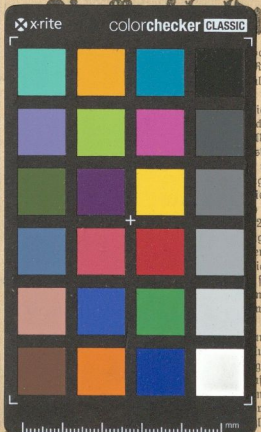
Paris, 15. September. (Eig. Drahtber.) Der ehemalige Präsident der Republik, Millerand, der im Departement Orne in einer Ersatzwahl für den Senat kandidiert, hat am Donnerstag in Alençon seine erste Wahlrede gehalten, in der er sich zum Verteidiger der reaktionärsten Ideen auf politischem und sozialem Gebiete aufwarf. Er verlangte u. a. die Revision der Laiengesetzgebung und den sofortigen Abbruch der Beziehungen zu Sowjet-Rußland. Die Locarno-Abmachungen erklärte er für eine gefährliche Illusion, da sie den östlichen Verbündeten Frankreichs keinerlei Sicherheit böten, obwohl die „Aufrechterhaltung des territorialen Besitzstandes Polens für Frankreich ebenso lebenswichtig sei wie die Achtung der Bestimmungen des Friedensvertrages über Elsaß-Lothringen.“

Eine Interpellation in der Kammer.

Paris, 16. September. (Eig. Funkm.). Der sozialistische Abgeordnete Spinase hat eine Interpellation über die Affäre Rakowski eingebracht. Er verlangt von Poincare und Briand zu wissen, warum die französische Regierung, ohne daß positive Tatsachen vorliegen, die Abberufung des Botschafters Rakowskis verlange und so den Bruch mit Sowjetrußland vorbereiten will.

Die gesamte Linkspresse spricht sich in Erwartung des Beschlusses des Ministerrates in dieser Sache scharf gegen den Abbruch der Beziehungen mit Rußland aus. Die Blätter unterstreichen, daß damit Frankreich nur das Spiel Englands und besonders der großen Petroleum-Gesellschaften betreiben würde.

[illegible]ung der deutschen Wirtschaft.



[illegible]andes der Deutschen [illegible] Reichsverbandes, Ge[illegible]ldung der deutschen [illegible] Verschuldung Aus[illegible]etende Oberflächlich[illegible] verrieten. Wurde [illegible]bsicht entworfen, so [illegible]berg berechnete die [illegible] mit 23 Milliarden [illegible]gschulden entfallen. [illegible]eg 48,2 Milliarden, [illegible] ist nach Geheimrat [illegible]23 Milliarden Mark [illegible]gen Jahren erreicht [illegible]n Jahrzehnten ent[illegible]iegszeit viel höheren [illegible]schwere Folgen Ge[illegible]müssen glaubte. In [illegible]was bei dieser Dar[illegible]2. falsch festgestellt [illegible]teilen ist, 4. welche [illegible]ung lagen.

[illegible]: a) Die zehn Mil[illegible]genommen wurden. [illegible]n, etwa 3 Milliarden [illegible] war aber pro Jahr [illegible]leich der Vorkriegs[illegible]ge der Veränderung des Geldwertes nicht zulässig. Einer Neuverschuldung von 10 Milliarden Mark entspricht im Vorkriegswert eine Schuld von nur etwa 6,5 Milliarden Mark. c) Insofern es sich um inländische Anleihen handelt, steht der Verschuldung eine ebenso große innere Kapitalbildung gegenüber, was die Kehrseite der Verschuldung darstellt. Wurden doch die inländischen Anleihen aus neugebildeten Inlandskapitalien gegeben. d) Wenn heute Deutschland die Anleihen hoch verzinsen muß, so ist dies eine Folge der Inflationszeit, während der die Kapitalien fehlgeleitet, das Land von Betriebskapital entblößt und das Vertrauen des Auslandes erschüttert wurde. An dieser Inflationswirtschaft trägt die Großindustrie einen großen Teil der Schuld. Im übrigen ist die Zinslast im letzten Jahr erheblich leichter geworden. e) Wenn sich die Industrie seit der Stabilisierung weniger verschuldet hat als die öffentlichen Körperschaften, so liegt dies daran, daß innerhalb der Industrie heute allein die Großkonzerne in der Lage sind, sich durch festverzinsliche Schuldverschreibungen Kredite zu verschaffen, der Kreditbedarf der Großkonzerne ist aber durch die ungeheuren Gewinne stark vermindert. Hätte zum Beispiel der unter der Leitung des Geheimrats Duisberg befindliche Farbentrust nicht Riesengewinne gemacht, aus welchen die Neuanlagen gedeckt werden, so wäre er ohne Zweifel auf viel größere Kredite angewiesen. f) Nicht gesagt wurde, daß ein Teil der Auslandsanleihen vom inländischen Kapital, besonders im vergangenen Jahr, zurückgekauft wurde, was die Größe der Gesamtverschuldung nicht unwesentlich zu beeinflussen vermag.

2. Falsch war in der Darstellung von Geheimrat Duisberg: a) die willkürliche Heranziehung allein nur der festverzinslichen Schuldverschreibungen für die Feststellung der Verschuldung, ohne Berücksichtigung der Aktien und der Bankschulden. Die Kapitalversorgung der Industrie würde bei Berücksichtigung dieser Quellen in einem ganz anderen Licht gegenüber den öffentlichen Anstalten erscheinen. b) Viel ärger war aber das Zusammenwerfen der Inlandsverschuldung mit der Verschuldung an das Ausland. Bei den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216661919270917-10/fragment/page=0009